

a 147778

MITTEILUNGEN
DES HISTORISCHEN VEREINS
DER PFALZ

66. BAND

GELEITET VON OTTO ROLLER

SPEYER 1968

VERLAG DES HISTORISCHEN VEREINS DER PFALZ E. V.

Ohne vom Nordportal des Wormser Domes restlos abhängig zu sein, übernimmt das Westportal des ehemaligen Augustinerstiftes zu Frankenthal/Pfalz einzelne ornamentale Formen und bleibt in seiner architektonischen Gliederung dem Vorbild des staufischen Portals treu. Diese Anregungen für Frankenthal sind dabei durchaus nicht spezifisch wormsisch, sondern beziehen sich auf ältere Formen des Bauschmuckes des 12. Jahrhunderts wie Adler- und Akanthuskapitell. Damit kann auch Frankenthal als Beweismittel für die Langlebigkeit romanischer Bauformen im wormsischen Raum gelten.

Die Drachenornamentierung sowie das Motiv des Kranichs mit dem Wolf wie auch der plastische Akanthusstil beweisen, daß Frankenthals Bauornamentik wesentlich jünger ist als das Wormser Domnordportal und die Mehrzahl seiner ornamentalen Anregungen nicht von Worms bezieht. Vorbilder für Frankenthal lassen sich in auffallender Parallelität und Übereinstimmung an mehreren Kirchen des mittel- und niederrheinischen Raumes feststellen. Diese Vorbilder sind allgemein ins erste Viertel des 13. Jahrhunderts zu datieren. Aus stilistischen Gründen stellen wir Frankenthal in die Nachfolge dieser Bauten. Die Spätdatierung wird einmal durch seine handwerkliche Auffassung der Ornamentierung und zum anderen durch die Motivbehandlung bestätigt.

Die Untersuchung eines Frankenthaler Frieskapitells, das in Form und Ornamentierung den sonst verwendeten Akanthuskapitellen in Kelchform nicht gleich ist, weist auf Grund von Form und Kapitellstruktur ebenfalls ins 13. Jahrhundert.

Kapitelle der Frankenthaler Westwandgliederung lassen sich mit solchen der Wormser Johanneskirche (um 1220) und der Kirche St. Paul in Worms (nach meiner Datierung 1230—1235) vergleichen.

Da sowohl das Süd- als auch das Westportal der Wormser Kirche St. Martin jünger sind als Frankenthal und diese Kirche in Worms um 1240—1260 entstanden ist, glaube ich, die Frankenthaler Bauornamentik in die Zeit zwischen 1220 und 1230 datieren zu können.

DIE BEDEUTUNG
DER REICHS- UND TERRITORIALPFANDSCHAFTEN
FÜR DEN AUFBAU DES KURPFÄLZISCHEN TERRITORIUMS*

Die Verpfändung von Herrschaftsrechten ist ein besonderes Phänomen der Verfassungsentwicklung des 14. Jahrhunderts. Werfen wir einen Blick in die Urkunden- und Regestensammlungen zur Reichs- und Territorialgeschichte dieser Zeit, so stoßen wir allenthalben auf eine kaum noch überschaubare Zahl von Pfandgeschäften. Wir finden keinen Herrscher, der nicht von diesem Institut Gebrauch gemacht hat. Wir entdecken kein Herrschaftsrecht, das von seinem Inhaber nicht als verpfändbar angesehen wurde. Grafschaften und Gerichte, Vogteien und Ämter, Burgen und Städte, Märkte und Flecken, Dörfer und Höfe, Wälder und Weinberge, Gärten und Fischteiche, Münzstätten und Bergwerke, Zölle und Geleitsrechte, Schultheißen- und Ammannämter, Beden und Judenschutzgelder, Gülten und Zehnte, Tuchhallen und Fleischbänke, Mühlen- und Wildbanne waren Gegenstand von Pfandgeschäften. Am geläufigsten ist die Tatsache, daß etwa ein Drittel der insgesamt 105 deutschen Reichsstädte durch Pfandgeschäfte seine Reichsunmittelbarkeit verlor¹. Mehr als die Hälfte dieser Orte war Pfandbesitz der Pfalzgrafen bei Rhein². Am Ende des 15. Jahrhunderts waren sie Pfandinhaber der folgenden nicht unbeträchtlichen Reichsgutkomplexe: Neckargemünd, Burg Reichenstein, die Meckesheimer und die Reichartshäuser Zent, Eberbach, Mosbach, Sinsheim, Eppingen und Heidelberg sowie Weinsberg, weiterhin Burg und Stadt Germersheim sowie die dortigen Dörfer und der Rheinzoll, ferner Hagenbach, Annweiler, der Trifels und die Wegelnburg mit den dazugehörigen Dörfern, die Burgen Guttenberg und Falkenburg mit sämtlichen Herrschaften, Leuten, Gütern und Dörfern, Burg und Stadt Kaiserslautern, Burg und Stadt Selz mit dem dortigen Zoll, sowie die Landvogtei im Elsass, sodann der Markt Barre mit den dazugehörigen Dörfern und die Hälfte der Orte Offenburg, Gengenbach und Zell und der Burg Ortenberg, ferner Pfeddersheim, Burg und Stadt Oppenheim mit dem Rheinzoll, die Burg Schwabsberg, die Dörfer Nierstein, Dexheim und Dienheim, Burg und Stadt Odernheim, die Dörfer Ingelheim, Winternheim und Schwabenheim, ferner ein

* Erweiterte Fassung eines Vortrages, den der Verf. am 23. 2. 1968 vor der Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein in Karlsruhe gehalten hat.

¹ G. Landwehr, Die Verpfändung der deutschen Reichsstädte im Mittelalter (Forschungen z. dt. Rechtsgeschichte Bd. 5), 1967.

² G. Landwehr, a. a. O. S. 47—49.

Teil von Gelnhausen und endlich zeitweise Burg und Stadt Kaiserswerth. Große Teile des pfälzischen Territoriums waren demnach ehemaliges Reichsgut.

I.

Der Beginn dieser territorialen Erwerbspolitik fällt zusammen mit der Entstehung der Pfalz als selbständiger Herrschaftsbereich im Jahre 1329. 19 Tage nach Abschluß des Hausvertrages von Pavia wurden Rudolf II. am 23. August 1329 von Ludwig dem Bayern „durch den willigen und nutzberin dienst, den er uns willlichen getan hat und für den schadin, den er in unserm dienste gegin Rome, do wir zu unser chrönunge da furin, in Tuscanie, in Lambardei und anderswa in Welischin landin genuin und entphangen hat,“ für 6000 Mark Silber die Reichsstädte Mosbach und Sinsheim verpfändet³. 1362 wurde dieser Pfandbesitz um 7000 Gulden erhöht⁴ und ein Jahr später um die Weiler Hasbach und Butersheim erweitert⁵. Ebenfalls noch auf dem Romzug erhielten Rudolf und Ruprecht am 24. August 1329 die Erlaubnis des Königs, Neckargemünd, die Burg Reichenstein und die Meckesheimer Zent, die seit 1312 für 400 Mark Silber an Engelhard von Weinsberg verpfändet waren⁶, von diesem einzulösen und für die Lösungssumme selbst als Reichspfand zu besitzen⁷. Wenige Monate später erfolgte im Januar 1330 eine Bestätigung und erhebliche Erweiterung dieser Pfandgeschäfte: Ebenfalls „umb die dienst, di si uns getan habent und noch tun süllen, und umb schaden, den si von uns und dem riche genomen habent“, versetzte ihnen Ludwig für die Gesamtsumme von 6000 Mark Silber die Reichsstädte, Burgen und Dörfer Neckargemünd, Eberbach, Mosbach, Sinsheim, Trifels, Neukastel, Germersheim, Annweiler, Guttenberg, Falkenburg, Wegelnburg, Hassloch und Böhl⁸. Die relativ niedrige Pfandsumme von 6000 Mark Silber ist darauf zurückzuführen, daß von diesen Orten die folgenden bereits anderweitig verpfändet waren: Neckargemünd, wie bereits erwähnt, an Engelhard von Weinsberg, ebenfalls Eberbach, an dessen Pfandschaft indes Hermann von Lichtenberg beteiligt war⁹, schließlich die Burgen Guttenberg und Falkenburg an die Grafen von Leiningen¹⁰. Die Pfalzgrafen soll-

ten sie von diesen auslösen und die Lösungssumme auf die 6000 Mark Silber aufschlagen¹¹. Während der Erwerb von Neckargemünd und Eberbach alsbald erfolgte¹², konnte Ruprecht I. Guttenberg und Falkenburg den Leiningern erst 1378 für 30 000 Gulden abgewinnen¹³. Die Pfandschaft an Germersheim, Annweiler und Trifels wurde den Pfalzgrafen 1335 von Ludwig dem Bayern „umb die dienst, die si uns und dem riche jczunt tun sullent,“ um 1000 Mark Silber erhöht¹⁴. Im Februar 1331 verpfändete Ludwig den beiden Pfalzgrafen die Einkünfte der Reichsstadt Weissenburg und der Landvogtei im Speyergau für 1000 Pfund Heller¹⁵. Diesen Betrag hatten sie für den Kaiser an Albrecht Hummel von Lichtenberg gezahlt. Die Pfandschaft an der Landvogtei erhöhte der König 1341 um Rudolfs „dienste willen“ um 2000 Pfund Heller¹⁶, die an Weissenburg erweiterte er 1343 um 5000 Pfund Heller¹⁷, zwei Jahre später (1345) für Dienste, die Rudolf „in deutschen und welschen landen getan“, um weitere 6000 Pfund Heller¹⁸. Bereits im Januar 1330, also ebenfalls kurz nach Abschluß des Hausvertrages von Pavia, ermächtigte Ludwig die beiden Pfalzgrafen, Pfeddersheim, das für 600 Pfund Heller an Philipp von Falkenstein versetzt war, auszulösen und selbst als Reichspfand zu besitzen¹⁹. Am 28. Februar 1331 wurde dieses Zugeständnis vom Kaiser erneuert²⁰, und ferner den Pfalzgrafen gestattet, Landau, das seit 1324 für 5000 Pfund Heller²¹, und Waibstadt, das kurz vorher für 1000 Pfund Heller dem Bischof von Speyer verpfändet worden war²², von dem Pfandherrn zu lösen²³. Indes konnten die Pfalzgrafen diese Rechte nicht

¹¹ Const. VI 675.

¹² Chr. Schütze, Die territoriale Entwicklung der rheinischen Pfalz im 14. Jahrhundert seit dem Hausvertrag von Pavia (1329), Diss. phil. Heidelberg 1955 (maschinenschriftl.), S. 193 f., 207.

¹³ Reg. Pfalzgrafen I 4203, 4261, 4262. Siehe auch S. 173 Anm. 166.

¹⁴ Winkelmann, Acta II 567.

¹⁵ G. W. Hugo, Die Mediatisierung der deutschen Reichsstädte, 1838, Urk. Anh. Nr. 127 (im ff. abgek.: Hugo).

¹⁶ Reg. Pfalzgrafen I 2256.

¹⁷ Reg. Pfalzgrafen I 2270.

¹⁸ Hugo Nr. 128; Reg. Pfalzgrafen I 2299.

¹⁹ Urkundenbuch der freien Reichsstadt Pfeddersheim, hrsg. von D. Bonin, 1911, Nr. 270.

²⁰ UB Pfeddersheim Nr. 271.

²¹ J. D. Schoepflin, Alsatia periodi regnum et imperatorum Habsburgicae, Luzelburgicae, Austriacae tandemque Gallicae diplomatica, 1775 (im ff. abgek.: Schoepflin, Als. dipl.) Nr. 926.

²² Hugo Nr. 109.

²³ Reg. Pfalzgrafen I 2101, 2104.

³ Monumenta Germaniae historica. Constitutiones et acta publica (im ff. abgek.: Const.) VI 638, 639.

⁴ Winkelmann, Acta imperii inedita, 1880, Bd. II Nr. 882.

⁵ Oberrheinische Stadtrechte, hrsg. von der Badischen Historischen Kommission, Abt. I—III, 1902—1938, I, S. 552, 553.

⁶ Const. IV 759.

⁷ Const. VI 640, 641.

⁸ Const. VI 675.

⁹ Const. VI 878, 879.

¹⁰ Regesten der Pfalzgrafen am Rhein 1214—1508 (Bd. I carb. von A. Koch und J. Wille, 1884; Bd. II bearb. von L. v. Oberndorff, 1912; im ff. abgek.: Reg. Pfalzgrafen I, II), I 4068, 4203, 4261, 4262.

durchsetzen. Landau²⁴ und Waibstadt²⁵ blieben im Pfandbesitz der Speyerer Kirche. Pfeddersheim konnte erst Pfalzgraf Friedrich im Jahre 1465 von Bischof Adolf von Mainz für 7848 Gulden erwerben²⁶. 1332 gestattete Ludwig den beiden Pfalzgrafen, das Reichsdorf Richen vom derzeitigen Pfandinhaber auszulösen und den Ort mit Sinsheim zu einem Pfandverband zu vereinigen²⁷. Im folgenden Jahre löste Ruprecht mit Zustimmung des Königs das seit 1311 den Markgrafen von Baden verpfändete Heildelsheim²⁸ aus, das er fortan für 2500 Pfund Heller als Reichspfand besaß²⁹. Als 1346 die Luxemburgische Partei unter Anführung des Erzbischofs von Trier mit Unterstützung von Kurköln und Kursachsen den Markgrafen Karl von Mähren zum Gegenkönig wählte, suchte man auch die beiden Pfalzgrafen gegen Ludwig zu gewinnen. Indes kam ihnen dieser zuvor und sicherte sich die Anhängerschaft Ruprechts u. a. durch Erhöhung der Pfandsumme auf Heildelsheim um 1500 Pfund Heller „um seiner getreuen dienste willen“³⁰. Mit solchen Zuwendungen hatte es Ludwig schon vorher verstanden, die Unterstützung der Pfalzgrafen im Streit mit der päpstlichen Partei zu finden. 1335 verpfändete er Ruprecht „um seiner dienste willen“ für 3200 Pfund Heller die Reichseinkünfte der Juden zu Speyer, Worms und Ladenburg³¹. 1336 versprach er Rudolf und Ruprecht die Zahlung von 2000 Mark Silber aus den elsässischen Reichssteuern, hilfweise versetzte er ihnen die Landvogtei im Elsass und die Reichsstadt Weinsberg³². Indes wurde dieses Pfandgeschäft infolge rechtzeitiger Zahlung nicht vollzogen³³. Ebenfalls 1336 wurde Rudolf als Entgelt für seine Dienste der Reichsforst zu Hagenau für 6000 Pfund Heller verpfändet³⁴. 1338 ging die Burg Löwenstein als Pfandschaft in den Besitz Rudolfs über³⁵. Ein Jahr später wurden Ruprecht für 2000 Pfund

²⁴ Regesta imperii, hrsg. von J. F. Böhm er, Bd. II: 1313—1347, 1844 ff., (im ff. abgek.: Böhm er, Reg. Ludw. Nr.), Nr. 3087 (1340), 3128 (1347); Regesta imperii [2. Ausgabe], hrsg. von der Österreich. Akad. d. Wiss., Bd. VIII: Die Regesten des Kaiserreichs unter Karl IV. 1346—1378, bearb. von A. Huber, 1889 (im ff. abgek.: Reg. imp. VIII), Nr. 915, 2023, 2167 (1349); Hugo Nr. 41 (1410), 111 (1517).

Im Jahre 1341 hatte Ludwig d. Bay. den Pfalzgrafen die Einlösungsmächtigung nochmals erneuert, indes konnten sie diese Befugnis nicht realisieren. Reg. Pfalzgrafen I 2259.

²⁵ Hugo Nr. 110 (1339); Böhm er, Reg. Ludw. Nr. 3087 (1340), 3128 (1347); Reg. imp. VIII 915, 2023, 2167 (1349); Hugo Nr. 111, 112 (1517).

²⁶ UB Pfeddersheim Nr. 198, 318—321.

²⁷ Reg. Pfalzgrafen I 2134.

²⁸ Const. IV 659.

²⁹ Reg. Pfalzgrafen I 6621, 2790; Hugo Nr. 30.

³⁰ Reg. Pfalzgrafen I 2555.

³¹ Reg. Pfalzgrafen I 2420, 2421; Winkelmann, Acta II 568.

³² Winkelmann, Acta II 578; Reg. Pfalzgrafen I 2158, 2159.

³³ Chr. Schütze, a. a. O. (Anm. 12) S. 196.

³⁴ Reg. Pfalzgrafen I 2161, 2168.

³⁵ Reg. Pfalzgrafen I 2194, 4460 (1382: Bestätigung durch König Wenzel).

Heller die Steuern der Juden von Speyer³⁶ und 1346 für 2000 Mark Silber ebenfalls diejenigen von Speyer und Worms versetzt³⁷. Schließlich war Ruprecht I. 1347 Pfandherr von Eppingen³⁸. Dieser Ort war seit 1220 im Pfandbesitz der Markgrafen von Baden gewesen³⁹ und zu einem nicht näher bekannten Zeitpunkt von Ruprecht I. für 3000 Gulden ausgelöst worden⁴⁰. Indes erwarben die Markgrafen die Stadt nach 1367 zurück⁴¹. Jedoch gestattete Wenzel im Jahre 1383 dem Pfalzgrafen Ruprecht I. wiederum die Auslösung⁴². Diese scheint indes erst im Jahre 1402 erfolgt zu sein⁴³. Seitdem gehörte Eppingen ständig zur Pfalzgrafschaft.

Unter ähnlichen Voraussetzungen setzten die beiden Pfalzgrafen ihre erfolgreiche Pfandpolitik unter Karl IV. fort. Zunächst gehörten sie zwar mit ihrem Wittelsbachischen Vetter, Markgraf Ludwig von Brandenburg, sowie dem Herzog Erich von Sachsen-Lauenburg, der die sächsische Kurstimme für sich beanspruchte, und Erzbischof Heinrich von Mainz der anti-luxemburgischen Partei an. Diese wählte am 10. Januar 1348 zunächst Eduard III. von England und, als dieser ablehnte, am 30. Januar 1349 den thüringischen Grafen Günther von Schwarzburg zum deutschen König. Mit Geschick verstand es jedoch Karl IV., den Gegenkönig und die Partei der Wittelsbacher auszuschalten. Bereits sechs Wochen nach der Wahl Günthers konnte er Pfalzgraf Rudolf II. zu seinen Anhängern zählen. Damit war die Front der luxemburgischen Gegner auseinandergebrochen. Am 14. März 1349 besiegelte Karl IV. diesen Beistandspakt, indem er Anna, die Tochter des Pfalzgrafen, ehelichte. Zwar mußte Rudolf als Mitgift für Anna die oberpfälzischen Orte Hertenstein, Auerbach, Velden, Plech und Reidenstein für 6000 Mark Silber an Böhmen verpfänden⁴⁴, indes erhöhte ihm Karl am 9. Mai 1349 „um seiner dienste willen“ die Pfandschaft an den Steuern der Reichsstadt Weissenburg von bisher 11 000 auf 18 000 Pfund Heller⁴⁵. Ferner gestattete er Rudolf am 15. Mai 1349, als Anerkennung für dessen „stete lautere dienste und die besondere liebe“, die folgenden drei Pfandschaften auszulösen: die Landvogtei im Elsass, die für 600 Mark Silber an Johann von Vinstingen verpfändet war, die Reichsgüter zu Hagenau, nämlich das dortige Schultheissenamt, den Reichsforst, den Wildbann und die dortigen Klöster, die für 1400 Mark Silber Herzog Friedrich von Teck versetzt waren, und schließlich die Orte Kaisersberg, Bleichsberg, Münster im Gregoriental und Dürkheim,

³⁶ Reg. Pfalzgrafen I 2465.

³⁷ Winkelmann, Acta II 669.

³⁸ Reg. Pfalzgrafen I 2573.

³⁹ Reg. imp. V 2060, VI 1895 (1285).

⁴⁰ Hugo Nr. 18 (1367); Reg. Pfalzgrafen II 2367 (1402); Hugo Nr. 20, 21 (1424).

⁴¹ Hugo Nr. 18.

⁴² Hugo Nr. 19.

⁴³ Reg. Pfalzgrafen II 2367; Hugo Nr. 20, 21 (1424).

⁴⁴ Reg. Pfalzgrafen I 2333.

⁴⁵ Reg. Pfalzgrafen I 2341.

die Burkhard Mönch zu Basel für 1000 Mark Silber als Pfänder besaß. Für die Auslösungssumme von insgesamt 3000 Mark Silber und weitere 3000 Mark, „die er vormalen um das heilige Reich verdient hat und ihm darauf gegeben sind“, sollte Rudolf die Orte fortan selbst als Reichspfand innehaben⁴⁶. Der Reichsforst zu Hagenau war bis 1354 Pfandbesitz der Pfalzgrafen. Dann löste ihn Karl IV. für 10 000 Gulden aus. Er zahlte jedoch diesen Betrag nicht aus, sondern schlug ihn auf die übrigen Reichspfandschaften Ruprechts I.⁴⁷. Über das Schicksal der elsässischen Landvogtei und der übrigen 1349 verpfändeten Orte erfahren wir indes nichts.

Wie Rudolf hatte sich auch Ruprecht I. alsbald nach 1349 dem Luxemburger angeschlossen und war für lange Zeit dessen erste Stütze im Reich geworden. Als Karl IV. 1354 seinen Romzug antrat, bestellte er Ruprecht für die Dauer seiner Abwesenheit zum Reichsverweser. Auch später, als sich der König nach 1356 für längere Zeit in seinen böhmischen Erblanden aufhielt, übte er dieses Amt aus. Die Rolle als Parteigänger und Stütze des Königs wußte auch Ruprecht I. gewinnbringend auszunutzen. Insbesondere seine Zustimmung zur Wahl Wenzels zum deutschen König machte er erfolgreich von großen finanziellen und territorialen Zugeständnissen Karls abhängig, insbesondere den pfandweisen Erwerb des Reichsgutes um Oppenheim und um Kaiserslautern⁴⁸ und die Erhöhung seiner sämtlichen Reichspfandschaften um insgesamt 50 000 Gulden⁴⁹. Auch aus der Parteinahme für Bischof Ludwig von Bamberg konnte Ruprecht Gewinn für sein Haus davontragen. Bischof Ludwig, ein Wettiner, war vom Papst auf Veranlassung Karls IV. als Nachfolger Gerlachs von Nassau gegen den Willen des Kapitels als Erzbischof von Mainz eingesetzt worden. Der Gegenkandidat des Mainzer Domkapitels war Gerlachs Neffe, Adolf von Nassau. Dieser konnte sich gegenüber Ludwig von Bamberg im Erzstift behaupten. Adolf war gleichzeitig Bischof von Speyer und als solcher pfandherrlicher Inhaber der Reichsdörfer Ober-, Mittel- und Unterschefflenz, der dortigen Königsleute sowie der Mosbacher und Reichartshäuser Zent. Als Entgelt für seine Parteinahme gegen Adolf ließ sich Ruprecht I. 1378 von Karl IV. das Recht einräumen, diese Herrschaftsrechte auszulösen und selbst als Reichspfand zu besitzen⁵⁰. Gegen den Widerstand Adolfs und der Kapitel von Speyer und Mainz gelang es Ruprecht 1379, die Pfandherrschaft über die Orte zu gewinnen⁵¹. Als Erzbischof von Mainz besaß Adolf ferner erheblichen Einfluß und nicht unbedeutende Pfandrechte in der Wetterau. Um diese Macht zu schwächen und gleichzeitig um Ruprecht zu stärken, ernannte Karl IV. 1377 den Pfalzgrafen zum Landvogt in der Wetterau. Ein Jahr später erteilte er ihm das Recht, alle Reichspfand-

schaften in der Wetterau auszulösen und selbst als Reichspfand zu besitzen⁵²: Eine Maßnahme, die in erster Linie Adolf von Mainz treffen sollte. Im Zusammenhang mit dem Amt Ruprechts I. als Reichsverweser steht vermutlich der Erwerb der Schirmherrschaft über Kaiserslautern und die Burg Neuwolfstein im Jahre 1357. Diese Orte waren seit 1322 im Pfandbesitz des Hauses Luxemburg gewesen⁵³, zuletzt in den Händen Erzbischof Balduins von Trier⁵⁴. Dieser entsagte 1357 zugunsten Karls IV. der Pfandschaft⁵⁵. Kurz darauf übertrug Karl die Pflege, d. h. nur die Schutzherrschaft, nicht dagegen sämtliche Rechte des Reiches an Kaiserslautern und Neuwolfstein auf Ruprecht I.⁵⁶. Zwei Jahre später, 1359, gestattete Karl IV. dem Pfalzgrafen, bei Kaiserslautern „auf dem steine in dem bruch“ eine Burg mit dem Namen Kaisersgrund zu errichten und diese für den Bauaufwand als Reichspfand zu besitzen⁵⁷. Nachdem Ruprecht I. 1361 die Rechte an Kaiserslautern und Neuwolfstein bestätigt erhalten hatte⁵⁸, entzog ihm jedoch Karl IV. 1367 die Pflegeherrschaft und übertrug sie seinem Bruder, Herzog Wenzel von Luxemburg, dem derzeitigen Reichsverweser⁵⁹. Acht Jahre später erfolgte dann indes der endgültige Erwerb von Kaiserslautern. Um die Pfalzgrafen für die Wahl seines Sohnes Wenzel zum deutschen König zu gewinnen, versprach Karl IV. im Jahre 1375 Ruprecht I., für die „nutzen dienste“, die er „uns und dem heiligen Reiche dicke getan hat und noch tun soll und mag in kunftigen zeiten“, Kaiserslautern sowie die Städte Oppenheim und Odenheim, die Burg Schwabsberg, ferner die Dörfer Nierstein, Ingelheim und Winterheim ihm und Ruprecht III. lebenslänglich zu übertragen⁶⁰. Ein Jahr später waren die Pfalzgrafen im Besitz dieser Orte⁶¹. 1378 wurden die Herrschaftsbefugnisse durch Karl IV. und Wenzel auch auf Ruprecht II. ausgedehnt⁶². In sämtlichen Urkunden über dieses Rechtsgeschäft ist nicht von einer Verpfändung die Rede, sondern davon, daß die Orte den Pfalzgrafen auf ihre „lebtage“ „empfohlen“ sowie „ingegeben und

⁵² Reg. Pfalzgrafen I 4226.

⁵³ 1322: König Johann von Böhmen, 10 000 Pfd. Heller, Const. V 685, 812.

⁵⁴ 1332: Erzb. Balduin von Trier, 4000 Gulden und 10 000 Pfd. Heller, Winkelmann, Acta II 550. 1346: ders., 4000 Gulden, 10 000 Pfd. Heller, 10 000 Mark Silber, Const. VIII, 118.

⁵⁵ Winkelmann, Acta II 838.

⁵⁶ Reg. Pfalzgrafen I 3049, 3056, 3058, 3059.

⁵⁷ Reg. Pfalzgrafen I 3128.

⁵⁸ Winkelmann, Acta II 869.

⁵⁹ Reg. Pfalzgrafen I 3695, 3758, 3789; Winkelmann, Acta II 1213, 1214.

⁶⁰ W. Franck, Geschichte der ehemaligen Reichsstadt Oppenheim am Rhein, 1859, Urk. Anh. Nr. 116 (im ff. abgek.: Franck, Oppenheim Nr.); Reg. Pfalzgrafen I 4091. Bis zu diesem Zeitpunkt war seit 1356 das Reichsgut zu Oppenheim für 71 000 Gulden an die Stadt Mainz und den Oppenheimer Schultheiß Heinz zum Jungen verpfändet.

⁶¹ Franck, Oppenheim Nr. 117, 118, 121, 122.

⁶² Franck, Oppenheim Nr. 126, 127.

⁴⁶ Schoepflin Als. dipl. Nr. 1033.

⁴⁷ Reg. Pfalzgrafen I 2793.

⁴⁸ Siehe unten S. 161.

⁴⁹ Reichstagsakten I, 96 (S. 39).

⁵⁰ Reg. Pfalzgrafen I 4208, 4211.

⁵¹ Reg. Pfalzgrafen I 4221, 4225, 4253, 4254, 4276—80.

befohlen“ worden seien⁶³. In den darauffolgenden Jahren muß diese Übertragung jedoch den Charakter einer Pfandschaft angenommen oder erhalten haben⁶⁴. Denn im Jahre 1398 tat König Wenzel kund, daß er Ruprecht III. 20 000 Gulden auf die Orte „gegeben, verschafft und beweiset“ habe⁶⁵. Dies geschah dafür, daß Ruprecht III. ihm und „dem heiligen Reiche dicke und feste, getreulich und nützlich gedienet hat und in künftigen zeiten tun mag und auch in denselben getreuen diensten große koste und zerunge gelidten und getan hat“. Der wahre Beweggrund für die Zuwendung dieser Summe waren indes keineswegs die in der Urkunde genannten Dienste, sondern die Tatsache, daß sich die Pfalzgrafen seit 1396 mit den Grafen von Nassau gegen die Luxemburger verbunden hatten und, als Graf Johann von Nassau 1397 den Erzstuhl von Mainz erhielt, als offene Gegner Wenzels auftraten. Diese Pläne suchte der König zu durchkreuzen, indem er 1397 wieder in Deutschland erschien und die Fürsten durch Geldversprechen und eine neue Aktivität in Reichsangelegenheiten für sich zu gewinnen suchte. Neben der Summe von 20 000 Gulden auf der Pfandschaft am Oppenheimer Reichsgut und an Kaiserslautern erhielt Ruprecht von Wenzel die Erlaubnis, die an Engelhard und Kunz von Rosenberg verpfändeten königlichen Eigenleute zwischen Mosbach und Lauda, namentlich zu Adelsheim, Sennfeld und Roigheim auszulösen und selbst als Reichspfand zu besitzen⁶⁶. Auf diese Weise konnte Wenzel das ihm drohende Unheil zwar etwas hinauszögern, aber nicht verhindern, daß er schließlich am 20. August 1399 von den Kurfürsten abgesetzt und an seiner Stelle Ruprecht III. zum König gewählt wurde. Ebenfalls noch im Zusammenhang mit der Wahl Wenzels zum deutschen König stand der Erwerb der Reichsburg Neuwolfstein und das von ihr verwaltete Reichsgut in den beiden Unterämtern Kübelberg und Lautern durch Ruprecht I. Dieses Reichsgut war für 5000 Gulden an Heinz zum Jungen, Schultheiß von Oppenheim, verpfändet gewesen. 1377 ließ sich Ruprecht I. von Karl IV. das Recht gewähren, sie von dem Pfandinhaber auszulösen und selbst als Reichspfand zu besitzen⁶⁷. Bereits ein Jahr später war der Pfalzgraf Pfandherr über Burg und Amt Neuwolfstein⁶⁸.

Nach seiner Wahl zum deutschen König wußte auch Ruprecht seine Machtstellung zugunsten seiner pfälzischen Lande auszunutzen. Am 23. August 1402 verpfändete er seinem Sohn Ludwig III. für 100 000 Gulden: Oppenheim, Odernheim, Schwabsberg, Nierstein, Ingelheim, Winterenheim mit allen dazugehörigen Herrschaftsrechten sowie Stadt und Reichsland Kaiserslau-

tern⁶⁹. Zur Begründung der recht hohen Pfandsumme von 100 000 Gulden wies Ruprecht darauf hin, daß er „manigfaltige große zerunge und kosten von des reichs wegen gehabt“, insbesondere in den kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem abgesetzten Wenzel und sodann bei der Durchführung des Italienszuges. Zur Deckung dieser Unkosten habe er zahlreiche Städte, Burgen und Dörfer der Ober- sowie der Rheinpfalz verpfänden und insbesondere die an seinen Sohn Ludwig III. von König Heinrich von England gezahlte Mitgift für die englische Prinzessin Blanka in Höhe von 40 000 Nobeln verwenden müssen. In der Tat überstiegen die Aufgaben des Königtums die Kräfte der Pfalz. Allein in der Oberpfalz verpfändete Ruprecht während seiner Regierungszeit in Reichsangelegenheiten Besitz- und Herrschaftsrechte für über 150 000 Gulden. Aus ähnlichen Gründen belaufen sich in der Rheinpfalz während desselben Zeitraumes die Pfandgeschäfte auf fast 200 000 Gulden^{70a}. Die Pfandsetzung des Oppenheimer und Kaiserslauterner Reichsgutes sollte dafür einen Ausgleich bringen. Einen recht umfangreichen Pfanderwerb konnte Ruprecht seinem Hause im Jahre 1408 sichern, als er die Reichsstadt Selz und die Hälfte der Orte Offenburg, Gengenbach und Zell, sowie der Burg Ortenberg für insgesamt 40 000 Gulden seinem Sohn Ludwig III. verpfändete⁷⁰. Seit 1351 war der Reichsbesitz in der Ortenau im Pfandbesitz des Bischofs von Straßburg gewesen⁷¹. Bereits 1365 hatte sich Ruprecht I. von Karl IV. das Recht einräumen lassen, die Orte vom Stift Straßburg auszulösen⁷². Indes machte Ruprecht von dieser Befugnis keinen Gebrauch; vermutlich weil die Zahlung der Pfandsumme von 47 000 Gulden⁷³ seine Machtmittel überstieg. Im Jahre 1405 gelang es König Ruprecht, die Hälfte von Offenburg, Gengenbach, Zell und Ortenberg für 23 500 Gulden vom Stift Straßburg auszulösen und wieder unter die Herrschaft des Reiches zu stellen⁷⁴. Von den Einkünften der ihm verbliebenen Hälfte versetzte der Bischof noch in demselben Jahr (1405) einen jährlichen Gültebetrag von 350 Gulden für eine Pfandsumme von 7 000 Gulden an Pfalzgraf Ludwig III.⁷⁵ Im Jahre 1408 verpfändete König Ruprecht den ausgelösten Halbtteil für 23 000 Gulden und die Reichsstadt Selz für 17 000

⁶⁹ J. G. Lehmann, Urkundliche Geschichte der Bezirkshauptstadt Kaiserslautern und des ehemaligen Reichslandes, 1853, Urk. Anh. Nr. 11; Reg. Pfalzgrafen II 2394, 2454, 2455, 3499, 4740, 4741, 4747, 4748, 4751, 4876, 4893, 4908—10, 4937, 4939, 5129.

^{70a} Siehe Tabelle S. 184 u. Anm. 294.

⁷⁰ Hugo Nr. 61, 57.

⁷¹ Winkelmann, Acta II 768.

Vor 1351 waren die Reichsstädte der Ortenau und die Burg Ortenberg für 900 Mark Silber, 4000 Pfd. Heller und 5000 Gulden im Pfandbesitz der Markgrafen von Baden, Regesten der Markgrafen von Baden und Hachburg, bearb. von R. Pester, Bd. I (1050—1431), 1900, Nr. 930, 1050.

⁷² Reg. Pfalzgrafen I 3579.

⁷³ Reg. imp. VIII, 3842; Hugo Nr. 59.

⁷⁴ Hugo Nr. 59; Reg. Pfalzgrafen II 3937—40, 3956, 3960, 4013.

⁷⁵ Reg. Pfalzgrafen II 3947, 3956.

⁶³ Siehe Anm. 61, 62.

⁶⁴ Im Jahre 1386 spricht König Wenzel noch davon, daß die Orte den Pfalzgrafen „ungegeben und bevohlen“ seien, Frank, Oppenheim Nr. 129.

⁶⁵ Frank, Oppenheim Nr. 141, 142; Reg. Pfalzgrafen II 1185.

⁶⁶ Reg. Pfalzgrafen I 5863, 5891; II 3839.

⁶⁷ Reg. Pfalzgrafen I 4192, 4193.

⁶⁸ Reg. Pfalzgrafen I 4202, 4511.

Gulden seinem Sohn Ludwig III.⁷⁶ Beweggrund für dieses Rechtsgeschäft war die Tatsache, daß Ruprecht seinem Schwiegersohn, Herzog Friedrich von Österreich, als Mitgift für seine Tochter Elisabeth 40 000 Gulden versprochen hatte „*von des richs wegen als wir das auch als ein Romischer kunig nach alter gewonheit und herkomen macht hatten zu tunde*“⁷⁷. Er hatte aber diese Geldsumme nicht aus den Einkünften des Reiches aufbringen, sondern nur durch Verpfändung von oberpfälzischen Städten und Dörfern beschaffen können. Als Ersatz für diese Minderung des Erbgutes verpfändete er seinem Sohn Selz und die Hälfte der Landvogtei Ortenau für insgesamt 40 000 Gulden. Indes konnten die Pfalzgrafen aus diesem Erwerb keinen allzu großen dauernden Nutzen schlagen, da es ihnen trotz verschiedener Versuche nicht gelang, auch die andere Hälfte der Pfandschaft vom Stift Straßburg zu erwerben⁷⁸. Ruprecht hatte zwar 1409 seinem Sohn Ludwig ausdrücklich gestattet, sämtliche Reichspfandschaften des Elsass und der Ortenau auszulösen und selbst als Pfand zu besitzen und dies damit begründet, „*daß die armen leute in diesen reichspfandschaften von den pfandherrn zu hart gehalten würden*“⁷⁹. Ludwig gelang es jedoch lediglich, die elsässischen Reichsdörfer Barre, Heiligenstein, Gertweiler, Goxweiler sowie Ober- und Niederburgheim von den derzeitigen Pfandbesitzern auszulösen⁸⁰. Zu diesen Orten hinzu erwarb Ludwig III. 1413 von Kaiser Sigismund — als Pfand für 25 000 Gulden — die Landvogtei im Elsass und die Steuern der zehn elsässischen Reichsstädte Hagenau, Colmar, Schlettstadt, Weissenburg, Ober-ehnheim, Müllhausen, Kaisersberg, Dürkheim, Rossheim und Münster im Gregoriental⁸¹. Unter Friedrich III. erfolgte dann schließlich 1440 während der vormundschaftlichen Regierung Pfalzgraf Ottos von Mosbach nur noch der pfandweise Erwerb von Weinsberg für 7966 Gulden⁸². Ferner erhielt Ludwig IV. 1447 und nochmals 1448 das kaiserliche Privileg, verpfändetes Reichsgut auslösen zu dürfen⁸³. Indes haben die Pfalzgrafen von diesem Recht keinen nennenswerten Gebrauch gemacht. Schließlich sei noch erwähnt, daß bereits Ruprecht II. im Jahre 1368 von seinem Schwiegersohn, Herzog Wilhelm von Jülich, die diesem verpfändete Reichsburg und Reichs-

stadt Kaiserswerth mit Zustimmung Karls IV. für 57 593½ Gulden als Pfand erworben hatte⁸⁴. Jedoch übertrug Ruprecht III. 1399 das Pfandrecht für dieselbe Summe dem Grafen Adolf von Cleve, und zwar für 25 593½ Gulden als Mitgift für seine Tochter Agnes und 32 000 Gulden für ein vom Grafen gewährtes Darlehen⁸⁵. Nach Auflösung der kinderlosen Ehe durch den Tod der Agnes machten die Pfalzgrafen Ansprüche auf die Pfandschaft geltend⁸⁶; jedoch verkaufte Pfalzgraf Otto von Mosbach 1440 die pfälzischen Rechte an Kaiserswerth für 21 000 Gulden dem Erzbischof Dietrich von Köln⁸⁷.

II.

Das hier nachgezeichnete Bild einer geschickten und erfolgreichen Erwerbspolitik mit Hilfe von Pfandgeschäften bleibt indes lückenhaft, solange wir nur die Reichspfandschaften in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen stellen. Denn nicht nur dem Reich gegenüber haben die Pfalzgrafen ihren politischen Einfluß und ihre Machtposition im Kräftespiel der Reichsfürsten zugunsten ihrer Hausmacht ausgenützt, sondern ein gleiches haben sie mit demselben Erfolg und Geschick gegenüber dem Reichs- und Territorialadel ihres politischen Herrschaftsbereiches getan. Insbesondere Ruprecht I. hat es verstanden, seine Herrschaftsgewalt durch den Kauf und pfandweisen Erwerb von Hoheitsrechten aller Art und jeglicher Größe auf Kosten der kleineren Grund- und Adelsherren zu erweitern und damit die pfälzische Territorialhoheit auszudehnen und zu festigen. Ansatzpunkt zu einer erfolgreichen Erwerbspolitik in den pfälzischen Einflußbereichen links des Rheines bot der seit Mitte des 14. Jahrhunderts einsetzende Zerfall und Niedergang des einst nicht unbedeutenden Geschlechts der Raugrafen. Im Jahre 1358 erwarben Ruprecht I. und II. von den Erben des Raugrafen Georg, nämlich dem Raugrafen Wilhelm von Altenbaumburg, von Philipp und Konrad von Bolanden sowie den beiden Grafen Friedrich d. A. und Friedrich d. J. von Leiningen, für insgesamt 2400 Gulden Burg und Stadt Altsimmern⁸⁸. Ein Jahr später wurde das Pfandgeschäft in einen endgültigen Kauf für 4 000 Gulden umgewandelt⁸⁹. Philipp von Bolanden, Herr zu Altenbaumburg, übertrug Ruprecht I. 1367 sein Drittel der Burg Stolzenberg, Reichslehen der Raugrafen, für

⁷⁶ Hugo Nr. 61, 97; Reg. Pfalzgrafen II 5938, 6028.

⁷⁷ Hugo Nr. 61.

⁷⁸ Hugo Nr. 64—69, 72. Sowohl ihrem engen Zusammenschluß als sog. „*Vereinstädte*“ wie auch der Tatsache, daß sie gleichzeitig zwei Pfandherren hatten, ist es vermutlich zuzuschreiben, daß Offenbach, Gengenbach und Zell in der Folgezeit ihre Reichsunmittelbarkeit, insbesondere Sitz und Stimme auf dem Reichstag, wahren konnten.

⁷⁹ Reg. Pfalzgrafen II 5830, 5833.

⁸⁰ Reg. Pfalzgrafen II 5832, 5834, 5890, 5892.

⁸¹ Oberrheinische Stadtrechte III 3, Nr. 158, 160; Reg. imp. XI (Regesten des Kaiserreichs unter Sigismund von Luxemburg 1410—1437, bearb. von W. Altmann, 1896) Nr. 804, 819.

⁸² Hugo Nr. 124.

⁸³ Regesta Chronologico-diplomatica Friderici IV., hrsg. von J. Chmel, 1840, Nr. 2373, 2501.

⁸⁴ Urkundenbuch f. d. Geschichte des Niederrheins, hrsg. von Th. J. La-comblert, Bd. I—IV, 1840—1858, Bd. III Nr. 684, 702; Reg. Pfalzgrafen I 5062, 5063, 5072.

⁸⁵ UB f. d. Geschichte d. Niederrh. III 1065, 1066; Reg. Pfalzgrafen I 5988, 5991, 5996, 6013; II 6663.

⁸⁶ Über das Schicksal der darlehnsweisen Verpfändung siehe: UB f. d. Geschichte d. Niederrh. III 1066; Reg. Pfalzgrafen II 6663; I 5991, 5995, 5998; II 3273.

⁸⁷ UB f. d. Gesch. d. Niederrh. IV 239.

⁸⁸ Reg. Pfalzgrafen I 3070, 3098; II 6527.

⁸⁹ Reg. Pfalzgrafen I 3175.

insgesamt 3817 Gulden⁹⁰. Derselbe verpfändete 1371 Ruprecht I. für 7100 Gulden die Mittelburg auf der Altenbaumburg⁹¹. Ebenfalls von Philipp von Bolanden erwarb Ruprecht II. 1362 die zur Burg Rockenhausen gehörenden Dörfer Gundersweiler und Gehrweiler. Diese waren von Philipp für 400 Pfund Heller an Wilhelm von Randeck und Johann von Bleinichen verpfändet worden, von denen Ruprecht sie gegen Zahlung der Pfandsumme auslöste⁹². Das Auslösungsrecht an der von Philipp dem Erzbischof von Mainz pfandweise eingeräumten Hälfte der Burg Rockenhausen, einem pfälzischen Lehen, ließ sich Ruprecht I. 1386 übertragen⁹³. Ob er von dieser Befugnis Gebrauch gemacht hat, ist nicht bekannt. Im Jahre 1400 erfahren wir lediglich, daß Ruprecht III. eine Hälfte von Rockenhausen pfandweise für 1600 Gulden von den beiden Raugrafen Otto und Wilhelm erworben hat⁹⁴. Im selben Jahr übertrug ihm Raugraf Otto für eine Summe von zunächst 1150, später 1460 Gulden seinen Anteil an Dorf und Gericht Westhofen, einem Lehen der Abtei Weissenburg⁹⁵. Die Raugrafen Ruprecht und Heinrich verpfändeten 1367 für 100 Gulden eine Ölgülte zu Gundersheim an Ruprecht II.⁹⁶ Dieser Ort war ebenso wie das nahegelegene Enzheim Lehen der Pfalzgrafen. 1383 verpfändete Raugraf Philipp seinen Teil an beiden Orten mit Zustimmung Ruprechts I. an Johann Huben⁹⁷. Im Jahre 1388 waren sie ebenfalls mit Einwilligung des Pfalzgrafen in den Pfandbesitz des Grafen Heinrich von Sponheim gelangt⁹⁸. Der Erbe Heinrichs, Graf Philipp von Nassau und Saarbrücken, verzichtete 1395 zugunsten Ruprechts II. auf das Pfandrecht, so daß beide Orte in unmittelbare pfälzische Herrschaft übergingen⁹⁹. Ein anderes Geschlecht, mit dem die Pfalzgrafen Pfandgeschäfte tätigten, waren die Wild- und Rheingrafen. Im Jahre 1368 verpfändete Wildgraf Friedrich II. von Kirburg Ruprecht I. für 1000 Pfund Heller seinen Anteil an den drei Dörfern Flonheim, Uffhofen und Lonsheim¹⁰⁰. Den Anteil des Rheingrafen Johann II., Wildgrafen zu Dhaun, an Flonheim sowie Dhaun, Bornheim und Wendelsheim erwarb Ruprecht II. 1381 pfandweise für 1400 Gulden¹⁰¹. Eben dieser Johann hatte bereits 1368 Burg Brunkenstein und seinen Teil an Kirn und den Dörfern Hoch-

stetten, Bergen und Sulzbach für 2 000 Gulden an Ruprecht I. versetzt¹⁰². Ein Jahr später verzichteten die Pfalzgrafen jedoch auf diese Pfandschaft¹⁰³. Ebenfalls vom Wild- und Rheingrafen Johann II. ließ sich Ruprecht I. das Recht einräumen, die obere Burg Wilenstein vom derzeitigen Pfandherrn auszulösen und als Pfand besitzen zu dürfen¹⁰⁴. Der Rheingraf Konrad schließlich verpfändete Ruprecht II. für 100 Gulden seinen Anteil an Wörrstadt¹⁰⁵. Ferner erwarben die Pfalzgrafen im Gebiet südlich und nördlich der Nahe bis an die Mosel durch Pfandgeschäfte: von Friedrich von Ehrenburg 1370 dessen Teil der gleichnamigen Burg für 3000 Gulden¹⁰⁶; von den drei Brüdern Johann Rost, Heinrich und Johann von Schonenburg für 300 Gulden die Burg Argenthal, ein Reichslehen¹⁰⁷; von Philipp von Ingelheim 1395 dessen Teil der Dörfer Schweppenhausen und Windesheim¹⁰⁸; von Graf Johann von Sponheim 1389 das Dorf Enkirch¹⁰⁹; von den Brüdern Rudolf und Heinrich von Montfort 1395 Dorf und Gericht Aspishem, soweit es pfälzisches Lehen war¹¹⁰; von Gerhard und Tralolt von Sien 1386 die Hälfte der gleichnamigen Burg¹¹¹; von Heinrich von Fleckenstein 1407 dessen Anteil an Weitersweiler in der Gegend von Rockenhausen¹¹²; von Friedrich d. A. und Friedrich d. J. von Leiningen 1367 die Burg Gräfenstein¹¹³ und 1374 von Graf Emich von Leiningen das Dorf Bechtheim¹¹⁴. Im Jahre 1380 verpfändete Graf Hanmann von Zweibrücken Ruprecht I. für je 550 Gulden die Hälfte der beiden Burgen Landeck und Bitsch¹¹⁵. 6 Jahre später erwarb Ruprecht von Graf Simon für insgesamt 1530 Gulden pfandweise die Hälfte von Burg und Tal Kirkel¹¹⁶. Ein Viertel der Burg Hohenberg ließ sich Ruprecht I. 1384 für 1500 Gulden von den Erben Wierich Pullers von Hohenberg versetzen¹¹⁷. Im Elsaß erpfändete sich Ruprecht II. im Jahre 1391 für 1500 Gulden von Johann von Lichtenberg ein Viertel der Besitzungen des Hetgaues, nämlich der Burg Hatten und der Dörfer Görsdorf, Rittershofen, Betschdorf, Kührtendorf, Schwabsweiler, Reimersweiler, Preuschdorf, Oberdorf, Diefenbach und Mitschdorf¹¹⁸. Später wurde

⁹⁰ Reg. Pfalzgrafen I 3734, 3739, 3753.

⁹¹ Zur Pfandschaft gehörten ferner die Hälfte des Turmes, des Mantels und des übrigen Zubehörs der Burg und die Kapelle.

Reg. Pfalzgrafen I 3984, 4314, 4571, 5573, 5575; II 5509, 6150.

⁹² Reg. Pfalzgrafen I 5026, 5027, 5050.

⁹³ Reg. Pfalzgrafen I 4692.

⁹⁴ Reg. Pfalzgrafen II 23, 2927, 6150.

⁹⁵ Reg. Pfalzgrafen II 21, 25, 5816, 6150.

⁹⁶ Reg. Pfalzgrafen I 5052, 5081 (1372).

⁹⁷ Reg. Pfalzgrafen I 4506, 4518.

⁹⁸ Reg. Pfalzgrafen I 4742, 5251.

⁹⁹ Reg. Pfalzgrafen I 5583, 5585, 5575.

¹⁰⁰ Reg. Pfalzgrafen I 3791, 5060.

¹⁰¹ Reg. Pfalzgrafen I 5137.

¹⁰² Reg. Pfalzgrafen I 3762, 3770.

¹⁰³ Reg. Pfalzgrafen I 3867.

¹⁰⁴ Reg. Pfalzgrafen I 4852.

¹⁰⁵ Reg. Pfalzgrafen I 5122.

¹⁰⁶ Reg. Pfalzgrafen I 3910.

¹⁰⁷ Reg. Pfalzgrafen I 5120, 5121, 5123.

¹⁰⁸ Reg. Pfalzgrafen I 5647.

¹⁰⁹ Reg. Pfalzgrafen I 4884.

¹¹⁰ Reg. Pfalzgrafen I 5594.

¹¹¹ Reg. Pfalzgrafen I 4690; II 4743.

¹¹² Reg. Pfalzgrafen II 4805.

¹¹³ Reg. Pfalzgrafen I 3716, 3732.

¹¹⁴ Reg. Pfalzgrafen I 4078.

¹¹⁵ Reg. Pfalzgrafen I 4341, 4342.

¹¹⁶ Reg. Pfalzgrafen I 4657, 4659, 4668.

¹¹⁷ Reg. Pfalzgrafen I 4563, 4871.

¹¹⁸ Reg. Pfalzgrafen I 5371, 5373, 5374.

der Pfandbetrag auf 2000 Gulden erhöht¹¹⁹. Ebenfalls Besitz der Herren von Lichtenberg war der Ort Wörth bei Hagenbach. Diesen hatte Heinrich von Lichtenberg für 4000 Gulden zur Hälfte an die Abtei Selz verpfändet. Im Jahre 1404 kaufte Ruprecht dem Kloster das Pfandrecht für 4000 Gulden ab^{120, 121}. Von Rudolf von Ochsenstein und dessen Ehefrau Kunigunde von Geroldseck erwarb Ruprecht II. 1391 pfandweise ein Viertel von Ochsenstein und Schloß Hochfelden sowie ein Achtel der Burg Meisterfelden und des Ortes Reichshofen¹²². Ein Drittel von Reichshofen hatte Ruprecht bereits 1372 von Ottemann von Ochsenstein gekauft¹²³. Schließlich ließ sich Ruprecht 1394 von Waldburg von Lützelstein, der Witwe Friedrichs von Geroldseck, ein Viertel von Mauersmünster, Stinzel und Hoch-Barr sowie der beiden Burgen Groß- und Klein-Geroldseck verpfänden¹²⁴. Im rechtsrheinischen Einflußbereich der Pfalzgrafen stoßen wir auf dasselbe Bild. Ladenburg und die Burg Stein waren 1363 von Bischof Dietrich von Worms für 23 000 Gulden zur Hälfte an Graf Walram von Sponheim verpfändet worden¹²⁵. Dessen Sohn Simon versetzte 1386 die Pfandschaft für 21 000 Gulden weiter an Ruprecht I.¹²⁶ Burg Strahlenberg und Schriesheim hatten die Inhaber Rennefart und Siegfried von Strahlenberg für 8000 Pfund Heller an Hartmut von Kronenberg verpfändet. Durch finanzielle Unterstützung Ruprechts I. konnten die Strahlenberger die Pfandschaft 1342 auslösen, mußten aber sogleich beide Orte für den Betrag von 8000 Pfund Heller an die Pfalz verpfänden¹²⁷. Die pfalzgräflichen Lehen Wiesloch und Nußloch hatte bereits Ludwig II. 1269 für 600 Pfund Heller pfandweise von dem Lehensinhaber Engelhard von Weinsberg erworben¹²⁸. Bretten war 1330 von den Grafen von Eberstein an die Markgrafen von Baden versetzt worden, die den Ort 1335 an Ruprecht I. weiterverpfändeten¹²⁹. Die Pfandsomme wird 1339 mit 4400 Pfund Heller angegeben¹³⁰. Ebenfalls von den Markgrafen von Baden erhielt Ruprecht I. 1358 für 2000 Gulden die Burg Liebenzell als

Pfand übereignet¹³¹. 1362 verzichteten jedoch Ruprecht I.¹³² und 1390 Ruprecht II.¹³³ auf diesen Pfandbesitz. Graf Wilhelm von Eberstein übertrug Ruprecht I. 1358 pfandweise für 800 Gulden ein Drittel von Gochsheim¹³⁴. 1391 wurde diese Pfandschaft wieder ausgelöst¹³⁵. Die halbe Grafschaft Löwenstein verpfändeten die Grafen Albrecht, Georg, Heinrich und Hans von Löwenstein durch ihren Vormund Graf Johann von Wërthheim für 5000 Gulden an Ruprecht I.¹³⁶ Die zweite Hälfte der Grafschaft konnten die Pfalzgrafen 1441 für 9000 Gulden dazuerwerben¹³⁷. Umstritten war in der Mitte des 14. Jahrhunderts der Besitz von Lauda. Sowohl Gerlach von Hohenlohe als auch Ulrich von Hanau beanspruchten die Stadt als pfälzisches Lehen¹³⁸. Der Streit wurde dadurch beigelegt, daß Gerlach 1374 Burg und Stadt Lauda zunächst für 6200¹³⁹, später für insgesamt 10 000 Gulden an Ruprecht I. verpfändete¹⁴⁰. Von den Grafen von Hohenberg schließlich erwarben die Pfalzgrafen bereits 1296 unter Rudolf I. Burg und Stadt Rottenburg¹⁴¹, 1360 unter Ruprecht I. Burg und Stadt Wildberg¹⁴², schließlich 1364 für 7000 Gulden die Stadt Bulach und die Dörfer Ober- und Untersulz, Emmingen, Ebhausen, Effringen, Schönbrunn, Haugstett, Altbulach sowie den Burgstadel zu Waldeck¹⁴³.

III.

Soweit unser skizzenhafter Überblick über die Erwerbspolitik der Pfalzgrafen durch Pfandgeschäfte. Insgesamt erpfändeten die Pfalzgrafen: Reichsgut für 26 000 Mark Silber, 35 000 Pfund Heller und 290 000 Gulden, zusammen etwa 400 000 Gulden; Herrschaftsrechte des Reichs- und Territorialadels für 25 000 Pfund Heller und 95 000 Gulden, zusammen etwa 120 000 Gulden. Das ergibt summiert einen Betrag von insgesamt etwa 520 000 Gulden. Über die Aufgliederung dieser

¹¹⁹ Reg. Pfalzgrafen II 987, 3719 (1401).

¹²⁰ Reg. Pfalzgrafen II 3719, 3720, 3942, 3945 (1405).

¹²¹ Auf eine beinahe ähnliche Weise hatte sich 1383 der Erwerb von Neuburg am Rhein vollzogen. Diesen Ort hatte Heinrich von Lichtenberg für 6000 Gulden der Stadt Straßburg verpfändet (Reg. Pfalzgrafen I 4516), 1383 verkaufte er ihn für 18 000 Gulden an Ruprecht I. (Reg. Pfalzgrafen I 4515), der sich verpflichtete, die Stadt Straßburg auszuzahlen (Reg. Pfalzgrafen I 4516, 4517).

¹²² Reg. Pfalzgrafen I 5324, 5325, 5327.

¹²³ Reg. Pfalzgrafen I 4005, 4011, 5238 (1390).

¹²⁴ Reg. Pfalzgrafen I 5569.

¹²⁵ Reg. Pfalzgrafen I 3437, 3443.

¹²⁶ Reg. Pfalzgrafen I 4680—84, 4689, 4696.

¹²⁷ Reg. Pfalzgrafen I 2483.

¹²⁸ Reg. Pfalzgrafen I 6528.

¹²⁹ Reg. Pfalzgrafen I 2422, 2453, 6623.

¹³⁰ Reg. Pfalzgrafen I 2454, 2485, 2539.

¹³¹ Reg. Pfalzgrafen I 3107, 3112.

¹³² Reg. Pfalzgrafen I 3365.

¹³³ Reg. Pfalzgrafen I 5218.

¹³⁴ Reg. Pfalzgrafen I 3088, 3089, 4049 (1374), 4725 (1387).

¹³⁵ Reg. Pfalzgrafen I 5296.

¹³⁶ Reg. Pfalzgrafen I 4450, 4452—54, 4579, 4632, 4737, 5544, 5956.

¹³⁷ Chr. Schütze, a. a. O. (Anm. 12), S. 196.

¹³⁸ Chr. Schütze, a. a. O. (Anm. 12), S. 197 f.

¹³⁹ Reg. Pfalzgrafen I 6693.

¹⁴⁰ Reg. Pfalzgrafen I 4124.

¹⁴¹ Reg. Pfalzgrafen I 1361.

¹⁴² Reg. Pfalzgrafen I 3201. Der Umfang dieser Pfandschaft und die Höhe der Pfandsomme (ursprünglich 5000 Gulden, Reg. Pfalzgrafen I 3201) wurden in der Folgezeit mehrmals geändert: Reg. Pfalzgrafen I 3444, 3445 (1363), 3730 (1367), 4179, 5106 (1377).

¹⁴³ Reg. Pfalzgrafen I 3486.

Pfandbeträge und die Höhe der Einzelsummen gibt die nachfolgende Tabelle nähere Auskunft.

	Reichsgut		Territorialgut	
Ludwig II.	Pfd. Heller	—	600	600 Pfd. Heller
Rudolf II.	Mark Silber	15 500	—	15 500 Mark Silber
	Pfd. Heller	24 000	—	24 000 Pfd. Heller
Ruprecht I.	Mark Silber	10 500	—	10 500 Mark Silber
	Pfd. Heller	11 000	23 000	34 000 Pfd. Heller
	Gulden	30 000	82 000	112 000 Gulden
Ruprecht II.	Pfd. Heller	—	1 400	1 400 Pfd. Heller
	Gulden	57 500	4 000	61 500 Gulden
Ruprecht III.	Gulden	24 000	9 000	33 000 Gulden
Ludwig III.	Gulden	178 500	—	178 500 Gulden
	Mark Silber	26 000	—	26 000 Mark Silber
	Pfd. Heller	35 000	25 000	60 000 Pfd. Heller
	Gulden	290 000	95 000	385 000 Gulden
etwa:	Gulden	400 000	120 000	520 000 Gulden

Wir würden indes fehlgehen, wollten wir annehmen, die Pfalzgrafen hätten diese ungeheuer großen Summen tatsächlich in sämtlichen Fällen an ihre Pfandschuldner etwa als Darlehen gezahlt. Soviel Geld haben weder sie noch andere Herrscher des 14. Jahrhunderts jemals in barer Form besessen. Bei den Reichspfandschaften war der Leistungszweck der Pfandgeschäfte fast ausschließlich die Entlohnung von Diensten, die der Pfalzgraf für König und Reich erbracht hatte. Nur in sehr seltenen Fällen lagen einem unmittelbaren pfandweisen Erwerb von Reichsgut Geldleistungen der Pfalzgrafen zugrunde¹⁴⁴. Bei den Diensten, die der König zu entlohnen trachtete, handelte es sich, wie wir sehen konnten¹⁴⁵, um die Teilnahme am Romzug und die damit verbundenen Unkosten, ferner Kriegsdienste innerhalb des Reiches und die dabei erlittenen Schäden, schließlich aber in den meisten

Fällen um völlig unbestimmte, zum Teil noch gar nicht erbrachte, sondern erst künftig zu erwartende Taten. Häufig drängt sich dabei der Verdacht auf, daß die Nennung eines solchen Pfandzweckes nur ein formaler Vorwand war, hinter dem sich rein politische Ziele verbargen. Insbesondere dort ist dies ganz augenscheinlich, wo es dem Pfandgeber offenkundig gar nicht auf die Vergeltung von Diensten ankam, sondern lediglich auf den Erwerb von Stimmen bei der Königswahl oder die Gewinnung von Anhängern zur Durchsetzung der Reichspolitik¹⁴⁶. Im Hintergrund all dieser Vorgänge steht die Tatsache, daß das Lehnswesen im 14. Jahrhundert seiner Funktionen beraubt war. Der Lehnsstaat mit seinen persönlichen Bindungen hatte sich umgebildet in ein System sachlicher Ordnungen¹⁴⁷. Das war indes keine Einzelerrscheinung des Lehnrechts, sondern Ausdruck der das ganze Rechtsleben ergreifenden Rationalisierung und Versachlichung. Zeichen dafür sind die Kriminalisierung des bisherigen Bußenstrafrechts, die Zurückdrängung des Unschuldseides als Beweismittel im Prozeß und das langsame Vordringen von Tatzeugen und richterlichem Inquisitionsbeweis. In gleicher Weise wurde das Lehnswesen mit seinen im Umfang zwar meßbaren, in ihrer Häufigkeit aber ungemessenen Pflichten durch zweiseitige Abmachungen mit fest umrissenem Inhalt verdrängt¹⁴⁸. Statt eines Lehngutes erhielt der Partner Geldleistungen versprochen und dafür Reichsgut als Pfand übertragen. Gleichzeitig spiegelt sich darin der Siegeslauf der Geldwirtschaft wider und die damit verbundene wirtschaftliche Rationalisierung der Herrschaftsordnung. Das Kapital an Land- und Hoheitsrechten trat äußerlich zurück hinter den Kapital an Geld¹⁴⁹. Aber subsidiär hervorgerufen durch den dauernden akuten Geldmangel sowohl des Reiches als auch des Adels behauptete sich weiterhin das dingliche Kapital des Grund und Bodens und der Hoheitsrechte, und zwar in der Form des Pfandes als einer Ersatzleistung für das fehlende Geldkapital. Dienste für König und Reich wurden auch im 14. Jahrhundert, wie seit eh und je, mit der Vergabe von Land auf Zeit entlohnt, jedoch trat an die Stelle des Lehens das Pfand, insbesondere die Reichspfandschaft. Uneingeschränkt gelten diese Feststellungen indes nur für die unmittelbare Verpfändung von Reichsgut durch den König, nicht indes für die Durchsetzung von Auslösungsrechten an Reichspfandschaften durch die Pfalzgrafen und ebenfalls nicht für den pfandweisen Erwerb von Herrschaftsrechten des Reichs- und Territorialadels. Insbesondere den letztgenannten Pfandgeschäften lagen im Gegensatz zu den Reichspfand-

¹⁴⁴ Siehe z. B. S. 157 Anm. 15.

¹⁴⁵ Siehe S. 156 ff.

¹⁴⁶ Siehe insbesondere S. 156—164.

Generell für sämtliche Reichspfandschaften siehe: G. Landwehr, a. a. O. (Anm. 1), S. 258 ff.

¹⁴⁷ H. Mitteis, Der Staat des hohen Mittelalters, 6. Aufl. 1959, S. 424 ff., 430 f.; G. Rauch, Die Bündnisse deutscher Herrscher mit Reichsangehörigen (Unters. zur dt. Staats- und Rechtsgeschichte, begründet von Otto von Gierke, N. F. Bd. 5), 1966, S. 177 ff.

¹⁴⁸ Siehe auch: G. Rauch, a. a. O. S. 177.

¹⁴⁹ Siehe auch: H. Mitteis, a. a. O. S. 430 f.

schaften in erster Linie Geldleistungen der Pfalzgrafen zugrunde. Dabei spielte jedoch das Pfand nicht — wie etwa im modernen Recht — die Rolle eines zwischenzeitlichen Sicherungsobjektes für eine Geldschuld, sondern der Pfanderwerb war fast ausschließlich alleiniger und unmittelbarer Zweck der Geldzahlung. Das findet seinen sichtbarsten Ausdruck dort, wo in den Urkunden nicht von einer Verpfändung, sondern von einem Kauf auf Wiederkauf die Rede ist, wie etwa bei dem Erwerb von Burg Stolzenberg¹⁵⁰, von Rodenhäusen¹⁵¹, Westhofen¹⁵², Gochsheim¹⁵³ und der Grafschaft Löwenstein¹⁵⁴. Hier sollten die übertragenen Herrschaftsrechte ausschließliche und einzige Gegenleistung für die Geldzahlung sein. Diese Geschäfte überhaupt zu den Pfandschaften zu zählen, rechtfertigt sich aus der Tatsache, daß in sämtlichen Fällen, in denen die Briefe ursprünglich von einem Kauf auf Wiederkauf oder auf Rücklösung sprechen, in nachfolgenden Urkunden, insbesondere bei Rechtsbestätigungen, immer von einer Verpfändung oder einer Pfandschaft die Rede ist¹⁵⁵. Das bedeutet nun aber nicht, daß Kauf auf Wiederkauf und Pfandgeschäft in der älteren Rechtsordnung identisch waren. Soweit es darauf in rechtlich erheblichem Sinne ankam, hat man die beiden Rechtsinstitute sehr wohl unterschieden¹⁵⁶. Aber wir müssen uns vor Augen halten, daß uns hier eine Rechtswelt entgegentritt, der noch jede wissenschaftlich systematische Durchdringung des Rechts fremd war. Deshalb können wir nicht unbedingt erwarten, daß von ihr aus reinem Selbstzweck ein jedes Mal streng begrifflich über Inhalt und Form des Rechts reflektiert wurde. Das Mittelalter betrachtete seine Rechtsordnung nicht als ein abstraktes System, sondern in erster Linie im Hinblick auf den wirtschaftlichen oder politischen Sinn und Zweck seiner Rechtsinstitutionen. Von daher gesehen aber waren Pfand und Kauf auf Wiederkauf wenn auch nicht in rechtlicher, so doch in tatsächlicher Hinsicht auf dasselbe Ziel gerichtet. Beide bewirkten einen Rechtserwerb, der seinem Inhalt nach ausschließlich und vollständig, seiner Dauer nach indes nicht endgültig, sondern jederzeit vom ehemaligen Inhaber rücknehmbar war. Bei sämtlichen von uns behandelten Geschäften lag das Motiv in dem Erwerb und der Ausübung von Herrschaftsrechten. Da ist es nur allzu leicht begreiflich, daß man nicht in jedem Fall streng zwischen Pfand und Kauf auf Wiederkauf unterschied. Das gibt auch uns das Recht, beide Institute gemeinsam zu behandeln, denn ihr tatsächlicher Zweck war der nämliche. Diese Überlegungen führen uns zu der Feststellung, daß die Pfalzgrafen zumindest für den pfandweisen Erwerb von Herrschaftsrechten des Adels den beträchtlichen Betrag von immerhin 25 000 Pfund Heller und 95 000 Gulden, also insgesamt etwa 120 000 Gulden aufwenden muß-

ten. Indes müssen wir auch an diesem Ergebnis einige Korrekturen vornehmen. Denn keineswegs haben die Pfalzgrafen in jedem Fall die Pfandsumme in bar entrichtet oder selbst aus eigenen Mitteln aufgebracht. Das zeigen uns deutlich einige Beispiele: Als Ruprecht I. Strahlenberg und Schriesheim pfandweise für 8000 Pfund Heller erwarb, brachte er diesen Betrag nicht selbst auf, sondern ließ ihn von Hennelin und Albrecht von Erligheim, der eine Vitztum zu Heidelberg, der andere Pfleger zu Alzey, zahlen, denen er diese Summe schuldig blieb¹⁵⁷. Für den Kauf von Neuburg¹⁵⁸ mußte sich Ruprecht I. 1383 einen Teilbetrag in Höhe von 3000 Gulden von Eberhard von Menzingen und Wiprecht von Helmstatt leihen, wofür er ihnen versprach, Neuburg als Pfand zu übertragen¹⁵⁹. Im Jahre 1364 erwarb Ruprecht I. für 7000 Pfund Heller vom Grafen von Hohenberg dessen Besitzungen zu Bulach¹⁶⁰. 3000 Pfund dieser Summe entrichtete er dadurch, daß er dem Grafen 300 Pfund jährliche Einnahmen der Steuern von Heidelberg, Bretten und Heidelheim versetzte¹⁶¹. Ebenso geschah es bei der Übertragung von Burg und Stadt Wildberg für insgesamt 8000 Gulden¹⁶². Auch hier erhielt der Graf von Hohenberg in Höhe von 2500 Gulden die Steuern von Heidelheim, Sinsheim und Bretten verpfändet¹⁶³. Als Ruprecht I. 1378 von der ihm 1330 eingeräumten Befugnis¹⁶⁴ Gebrauch machte, die Reichsburgen und Herrschaften Guttenberg und Falkenburg von den derzeitigen Pfandherren einzulösen¹⁶⁵, blieb er dem Grafen Emich von Leiningen zunächst die Lösungssumme von 30 000 Gulden schuldig. Ein Jahr später verpfändete er schließlich für genau diesen Betrag die Hälfte der ausgelösten Burgen und Herrschaften an den Leininger zurück¹⁶⁶. Der pfandweise Erwerb der

¹⁵⁷ Reg. Pfalzgrafen I 2483.

¹⁵⁸ Siehe Anm. 121.

¹⁵⁹ Reg. Pfalzgrafen I 4524.

¹⁶⁰ Reg. Pfalzgrafen I 3486.

¹⁶¹ Reg. Pfalzgrafen I 3487.

¹⁶² Reg. Pfalzgrafen I 3444, 3445.

¹⁶³ Reg. Pfalzgrafen I 3599, 3600.

¹⁶⁴ Siehe S. 156.

¹⁶⁵ Reg. Pfalzgrafen I 4203, 4261.

¹⁶⁶ Reg. Pfalzgrafen I 4262—64, 4268, 4282, 4316.

Die Pfandsetzung erstreckte sich auf die Hälfte von Guttenberg und Falkenburg und auf drei Teile an den Dörfern Dörrenbach, Rechtenbach, Otterbach, Minfeld, Freckenfeld, Kandel, Minderslachen, Dierbach, Mossau, Widehohe, Horbach, Schweigen, Neuroth, Wilgartswiesen, Hochstetten, Rinnthal, Hassloch, Böhl, Iggelheim und die freien Teile der übrigen dazugehörigen Dörfer, Reg. Pfalzgrafen I 4264. Im Jahre 1382 verpfändete jedoch Graf Emich von Leiningen einen Teil seines Pfandesbesitzes für 1000 Gulden wiederum an Ruprecht I. zurück. (Reg. Pfalzgrafen I 4474), der sich verpflichtete, aus den ihm versetzten Dorfanteilen jährlich nicht mehr als 100 Gulden einzuziehen, dafür aber Hochgericht, Stab, Frevel und Ungericht für sich allein beanspruchte (Reg. Pfalzgrafen I 4475). Zwei Jahre später (1384) verpfändete der Graf nochmals ein Viertel der zur Pfandschaft Guttenberg und Falkenburg gehörenden Dörfer für 2000 Gulden an Ruprecht I. (Reg. Pfalzgrafen I

¹⁵⁰ Reg. Pfalzgrafen I 3734, 3739, 3753.

¹⁵¹ Reg. Pfalzgrafen II 23, 2927, 6150.

¹⁵² Reg. Pfalzgrafen II 21, 25, 5816, 6150.

¹⁵³ Reg. Pfalzgrafen I 3088, 3089, 4049, 4725.

¹⁵⁴ Reg. Pfalzgrafen I 4450, 4452—54, 4579, 4632, 4737, 5544, 5956.

¹⁵⁵ Siehe Anm. 150—154.

¹⁵⁶ G. Landwehr, a. a. O. (Anm. 1), S. 388 ff.

Dörfer des Hetgaues von Johann von Lichtenberg ging so vor sich, daß Ruprecht II. die Pfandschuld von 1500 Gulden schuldig blieb und für genau diesen Betrag dem Lichtenberger die Einkünfte der soeben von ihm erhaltenen Pfandschaft versetzte¹⁶⁷. Im Jahre 1404 ließ sich Ruprecht III. für 2000 Gulden von der Abtei Selz die Hälfte von Wörth übertragen, die das Kloster als Pfandschaft von Heinrich von Lichtenberg innehatte¹⁶⁸. Die Summe von 2000 Gulden entrichtete er dadurch, daß er der Abtei die Dörfer des Hetgaues, die eben erwähnte Lichtenbergische Pfandschaft, weiterverpfändete¹⁶⁹. Als Graf Philipp von Nassau und Saarbrücken 1395 zugunsten Ruprechts auf das Pfandrecht an Gundersheim und Enzheim, Besitz Philipps von Bolanden, verzichtete, mußte ihm der Pfalzgraf für die Pfandschuld von 1500 Gulden seinen halben Pfandbesitz an der Mittelburg auf der Altenbaumburg übertragen¹⁷⁰. Die Burg Stolzenberg konnte Ruprecht 1377 nur deshalb von Philipp von Bolanden für 3232 Gulden erwerben, weil ihm Konrad Landschad, Virztum zu Neustadt, und der dortige Landschreiber Heinrich diese Summe vorschossen¹⁷¹. Diese Beispiele ließen sich um zahlreiche weitere vermehren. Sie demonstrieren eindeutig, daß die Pfalzgrafen keineswegs sämtliche Pfandschulden selbst oder gar bar aufbrachten, sondern sich das Geld in vielen, wenn nicht gar den meisten Fällen bei Dritten, selbstverständlich gegen Pfandschaften, ausliehen oder den Pfandgebern selbst schuldig blieben¹⁷².

4581). Die Hälfte aller Einkünfte der Herrschaften Guttenberg und Falkenburg gab der Leininger 1386 pfandweise an Heinrich Eckbrecht von Dürkheim (Reg. Pfalzgrafen I 4694). 1399 übertrug Emich von Leiningen seinen Halbpfeil an Guttenberg pfandweise für 4000 Gulden an Hanmann und Reinhard von Sickingen (Reg. Pfalzgrafen I 5981, II 6669). Im Jahre 1401 versetzte er dem Hanmann von Sickingen für 4100 Gulden ein Viertel an allen Dörfern, die zur Burg Guttenberg, zur Falkenburg und zu Minfeld gehörten (Reg. Pfalzgrafen II 810). 1403 waren die Brüder Hans, Heinrich und Reinhard von Riepur für ein an Graf Emich gewährtes Darlehn im Pfandbesitz der Gütle aller zur Burg Guttenberg gehörenden Dörfer (Reg. Pfalzgrafen II 3038). Im Jahre 1409 waren die Leininger jedoch wieder Inhaber ihrer sämtlichen Pfandrechte am Halbpfeil von Guttenberg und Falkenburg und an den drei Vierteln der dazugehörenden Dörfer (Reg. Pfalzgrafen II 5882). Ruprecht I. hatte demgegenüber 1388 seinen Pfandanteil an den Herrschaften Guttenberg und Falkenburg für 400 Gulden an Graf Gerhard von Kirberg verpfändet (Reg. Pfalzgrafen I 4790).

¹⁶⁷ Reg. Pfalzgrafen I 5371, 5373, 5374.

¹⁶⁸ Reg. Pfalzgrafen II 3719.

¹⁶⁹ Reg. Pfalzgrafen II 3719.

¹⁷⁰ Reg. Pfalzgrafen I 5583.

¹⁷¹ Reg. Pfalzgrafen I 3734.

¹⁷² Siehe ferner: 1331: Auslösung von Neumarkt, Reg. Pfalzgrafen I 2108; 1380: Auslösung von Gütern zu Mutterstadt, Reg. Pfalzgrafen I 4340; 1387: Auslösung von Dörfern der Burg Waldeck, Reg. Pfalzgrafen I 4702.

IV.

Die Bedeutung all dieser Rechtsgeschäfte für den Aufbau und die Entwicklung der spätmittelalterlichen Territorialherrschaft bleibt uns indes verschlossen, wenn wir unsere Blicke nicht auch auf den rechtlichen Gehalt der Pfandsatzung richten¹⁷³. Mit dem Abschluß des Pfandvertrages erwarb der Pfandnehmer die Berechtigung, das verpfändete Gut in Besitz zu nehmen¹⁷⁴. Dieses Recht erstreckte sich auf den Pfandgegenstand und dessen sämtliches Zubehör¹⁷⁵. Die Pfandbriefe umschreiben diese Rechtsfolge durch umfangreiche Pertinenzformeln, die manchmal bis zu 30 Glieder aufweisen¹⁷⁶. Länge und Inhalt dieser Formeln besagen jedoch keineswegs, daß sich das Pfandrecht nur auf die genannten Gegenstände erstrecken und nicht aufgezählte pfandfrei bleiben sollten. Denn wir haben es hier mit generalisierenden Aufzählungen zu tun, denen ein ausschließlicher Charakter fehlt. Sie sind ein Zeugnis dafür, daß der älteren Rechtsordnung ein abstrakter, vergeistigter Eigentumsbegriff fremd war. Das Eigentum trat lediglich als Summe einzelner konkreter Rechtsbefugnisse in Erscheinung. Mit dem Pfandbesitz erwarb der Pfandgläubiger die Herrschaft über den Pfandgegenstand. Jedoch beschränkte sich diese Sachherrschaft nicht nur auf ein bloßes Innehaben des Pfandes in Gestalt eines nur tatsächlichen Gewahrsams, wie es unserem heutigen Besitzrecht entsprechen würde, sondern sie gab dem Gläubiger das Recht, die Pfandsache zu nutzen. Diese Befugnis wird in sämtlichen Pfandbriefen ausdrücklich hervorgehoben¹⁷⁷. Sie ist indes nicht lediglich Ausfluß

¹⁷³ Zum Folgenden siehe ausführlich: G. Landwehr, a. a. O. (Anm. 1), S. 315 bis 327.

¹⁷⁴ z. B.: 1330: Neckargemünd, Eberbach, Mosbach, Sinsheim, Annweiler, Germersheim, Const. VI 675; — 1330: Pfeddersheim, UB Pfeddersheim Nr. 270, 271; — 1331: Weissenburg, Landvogtei d. Speyergaues, Hugo Nr. 127; — 1345: Weissenburg, Hugo Nr. 128; — 1346: Heideisheim, Hugo Nr. 32; — 1349: Hagenau, Bleichsberg, Kaisersberg, Münster im Gregoriental, Schoepflin, Als. dipl. Nr. 1033; — 1355: Germersheim, Hugo Nr. 27; — 1398: Oppenheim; Odernheim, Schwabsberg, Ober-, Niederingelheim, Nierstein, Winterenheim, Kaiserslautern, Franck, Oppenheim Nr. 141; — 1407: Oppenheim, Odernheim etc., Hugo Nr. 50; — 1408: Offenburg, Gengenbach, Zell, Hugo Nr. 61; — 1437: Offenburg etc., Hugo Nr. 65; — 1447: Offenburg etc., Hugo Nr. 67, Chmel, Reg. Friedr. Nr. 2369; — 1465: Pfeddersheim, UB Pfeddersheim Nr. 321.

¹⁷⁵ z. B.: 1329: Mosbach, Sinsheim, Const. VI 638; — 1331: Landau, Winkelmann, Acta II 531.

¹⁷⁶ z. B.: 1335: Annweiler, Germersheim, Winkelmann, Acta II 567; — 1368: Kaiserswerth, UB f. d. Gesch. d. Niederrh. III 684.

¹⁷⁷ z. B.: 1330: Neckargemünd, Eberbach, Mosbach, Sinsheim, Annweiler, Germersheim, Const. VI 675; — 1331: Landau, Winkelmann, Acta II 531; — 1331: Pfeddersheim, UB Pfeddersheim Nr. 271; — 1335: Annweiler, Germersheim, Winkelmann, Acta II 567; — 1349: Hagenau, Bleichsberg, Kaisersberg, Münster im Gregoriental, Türkheim, Schoepflin, Als. dipl. Nr. 1033; — 1447: Offenburg, Gengenbach, Zell, Chmel, Reg. Friedr. Nr. 2369.

des Besitzrechts, sondern geradezu Kennzeichen der besitzrechtlichen Sachherrschaft. Das Recht zum Besitz und das Recht zur Nutznießung ergänzen sich wechselseitig. Infolgedessen ist das Nutzungsrecht des Gläubigers eine selbstverständliche Folge der Tatsache, daß die Reichs- und die Territorialpfandschaften den Charakter eines Besitzpfandes hatten. Das Pfandrecht erstreckte sich auf sämtliche Nutzungen, gleichgültig, welcher Art und wie hoch sie waren¹⁷⁸. Aus der Natur der Sache erfährt dies selbstverständlich eine Einschränkung bei der Verpfändung von Einkünften, z. B. Steuern, Gülten, Beden, Zolleinnahmen, Judenschutzgeldern, Zehnten und sonstigen Abgaben. Hier waren die in der Urkunde genannten Nutzungen alleiniges Objekt des Pfandvertrages. Solche Geschäfte erscheinen zum Teil in der Gestalt eines Rentenpfandes, derart, daß dem Gläubiger nur ein bestimmter jährlicher Betrag zum Pfand gesetzt wurde. Bemerkenswert ist für Verträge dieser Art, daß der versetzte jährliche Nutzungsbetrag vielfach einen Bruchteil der Pfandsumme ausmachte, häufig 10 0/0¹⁷⁹. Von solchen Sonderfällen abgesehen, gebührten dem Pfandherrn sämtliche Einnahmen des bisherigen Rechtsinhabers. Über deren Einziehung und Verbrauch war er dem Pfandgeber keine Rechenschaft schuldig¹⁸⁰. Als Besitzer der Pfandsache war der Gläubiger andererseits verpflichtet, für die Unterhaltung des Pfandes Sorge zu tragen¹⁸¹. Dies folgt aus dem allenthalben im mittelalterlichen Recht zum Ausdruck kommenden Prinzip, daß derjenige, der die Vorteile einer Sache genießt, auch deren Nachteile zu tragen hat. Dem Recht des Pfandnehmers, die Sache zu nutzen, entsprach deshalb in der Regel die Pflicht, den Pfandgegenstand zu unterhalten.

Diese abstrakten Ausführungen über den Inhalt des Pfandrechts und die Ausgestaltung des Pfandbesitzes bedürfen jedoch noch näherer Bestimmung. Erst die Kenntnis der mit dem Pfandbesitz verbundenen konkreten Befugnisse des Pfandgläubigers macht es möglich, die Bedeutung der Pfandschaften beim Aufbau der Territorialherrschaft voll zu erfassen¹⁸². Das Pfandrecht an einem Reichs- oder Territorialgut erstreckte sich auf Dörfer, Gerichte, Felder, Weiden, Wälder, Mühlen, Fischereirechte, Wildbann, Teiche, fließende Gewässer, Herbergen und Geleitsrechte sowie sämtliche Gülten. Die Verpfändung insbesondere einer Stadt erfaßte die Stadt, ihre Bewohner, Christen wie Juden, ferner die Zinsen, Steuern, Gefälle, Zölle, Münzen, Mühlen und sonstigen Gerechtigkeiten und nicht zuletzt die Gerichtsbarkeit und die damit verbundenen Ämter¹⁸³. Diese Aufzählung ist den Pertinenzformeln

entnommen. Sie läßt — insgesamt gesehen — offen, worauf sich die Rechte des Pfandherrn erstreckten: nur auf die Einkünfte des Pfandgutes und seiner Gerichtsbarkeit oder auch auf die Gerichts- und Hoheitsrechte selbst. Die Quellen räumen dem Pfandgläubiger das Recht ein, zur Verwaltung des ihm verpfändeten Gutes Amtleute und Beamte einzusetzen¹⁸⁴. Desgleichen hatte er die Befugnis, in der ihm versetzten Stadt den Ammann oder Schultheiß zu bestellen¹⁸⁵. Ferner war er in der Lage, Verfügungen über diese Ämter vorzunehmen. Er konnte sie an Dritte verpfänden oder den Bürgern gegen Zahlung einer jährlichen Abgabe übertragen. Darüber hinaus erscheint der Pfandgläubiger in einigen Quellen unmittelbar als Gerichtsherr des ihm verpfändeten Gutes¹⁸⁶. Ein Zeichen dafür, daß ihm nicht nur die Einnahmen der Gerichtsbarkeit gebührten, sondern die Gerichtshoheit selbst zustand. Ferner hatte der Pfandgläubiger ein selbständiges Besteuerungsrecht gegenüber dem verpfändeten Gut, es sei denn, er hatte bei der Pfandbestellung gegenüber dem Pfandgeber auf dessen Ausübung verzichtet¹⁸⁷. Die pfandrechtliche Ausübung der Gerichts- und Steuerhoheit erfährt ihre grundlegende rechtliche Deutung durch die Tatsache, daß die Bewohner des Pfandgutes dem Pfandgläubiger huldigen mußten¹⁸⁸. Einem jeden Pfandvertrag folgte unmittelbar die Aufforderung des bisherigen Inhabers an die Bewohner, dem

¹⁸⁴ z. B.: 1342: Heidelshem, Oberrh. StadtR. I, S. 775; — 1354: Heidelshem, Hugo Nr. 30; — 1357: Kaiserslautern, Wolfstein, Winkelmann, Acta II 838; — 1390: Sinsheim, Oberrh. StadtR. I, S. 415; — 1390: Mosbach, Oberrh. StadtR. I, S. 560; — 1398: Oppenheim, Odernheim, Schwabsberg, Nierstein, Ober-, Niederingelheim, Winternheim, Kaiserslautern, Franck, Oppenheim Nr. 141; — 1441: Kaiserslautern, Chmel, Reg. Friedr. Anh. Nr. 8; — 1477: Pfeddersheim, UB Pfeddersheim Nr. 205.

¹⁸⁵ z. B.: 1436: Oppenheim, Franck, Oppenheim Nr. 178.

¹⁸⁶ z. B.: 1346: Neckargemünd, Oberrh. StadtR. I, S. 605; — 1383: Mosbach, Oberrh. StadtR. I, S. 558; — 1436: Oppenheim, Franck, Oppenheim Nr. 178; — 1441: Kaiserslautern, Chmel, Reg. Friedr. Anh. Nr. 8; — 1452: Offenburg, Gengenbach, Zell, Chmel, Reg. Friedr. Nr. 2957, 2962, 2964.

¹⁸⁷ z. B.: 1330: Sinsheim, Oberrh. StadtR. I, S. 412; — 1330: Mosbach, Const. VI 710; — 1403: Rotenberg, Hersbruck, Reg. Pfalzgrafen II 2855, 4243 (1405); — 1409: Oppenheim, Franck, Oppenheim Nr. 152; — 1452: Offenburg, Gengenbach, Zell, Chmel, Reg. Friedr. Nr. 2957, 2962, 2964.

¹⁸⁸ z. B.: 1329: Neckargemünd, Const. VI 641; — 1329: Mosbach, Sinsheim, Const. VI 638; — 1368: Kaiserslautern, Reg. Pfalzgrafen I 3793; — 1376: Oppenheim, Reg. Pfalzgrafen I 4129; — 1376: Ober-, Niederingelheim, Winternheim, Reg. Pfalzgrafen I 4130; — 1376: Nierstein, Dexheim, Reg. Pfalzgrafen I 4145; — 1407: Ober-, Niederingelheim, Winternheim, Reg. Pfalzgrafen II 4748; — 1407: Oppenheim, Odernheim, Schwabsberg, Nierstein, Ober-, Niederingelheim, Winternheim, Reg. Pfalzgrafen II 4751; — 1407: Nierstein, Dexheim, Reg. Pfalzgrafen II 4910; — 1407: Kaiserslautern, Reg. Pfalzgrafen II 4839; — 1408: Selz, Hugo Nr. 96; — 1409: Offenburg, Gengenbach, Zell, Reg. Pfalzgrafen II 6028; — 1436: Oppenheim, Odernheim, Franck, Oppenheim Nr. 178; — 1437: Offenburg, Gengenbach, Zell, Hugo Nr. 66; — 1451: Offenburg etc., Hugo Nr. 70.

¹⁷⁸ Siehe Anm. 174—177.

¹⁷⁹ z. B.: 1343: Steuern der Reichsstadt Weissenburg, Winkelmann, Acta II 643; — 1363: Steuern von Mosbach, Reg. Pfalzgrafen I 4373.

¹⁸⁰ z. B.: 1357: Kaiserslautern, Wolfstein, Winkelmann, Acta II 838.

¹⁸¹ z. B.: 1320: Stahlberg, Stahleck, Braunshorn, Lünig, Cod. Germ. dipl. I Sp. 986 Nr. 13; — 1465: Pfeddersheim, UB Pfeddersheim Nr. 321.

¹⁸² Zum Folgenden siehe ausführlich: G. Landwehr, a. a. O. (Anm. 1), S. 334—358.

¹⁸³ z. B.: 1465: Pfeddersheim, UB Pfeddersheim Nr. 321.

Pfandgläubiger zu gehorchen und ihm zu huldigen¹⁸⁹. Bekanntlich verband die Huldigung Land und Herrschaft zu einem gegenseitigen Treueverband. Mit der Entgegennahme des Huldigungseides stand das Land in seines Herrn Huld und Gnade. Er war ihm zu Schutz und Schirm, es ihm zu Rat und Hilfe, insbesondere Steuerleistungen und Kriegsdienste verpflichtet. In der Pfandhuldigung und dem dadurch begründeten Treueverhältnis erkennen wir die volle Bedeutung und Tragweite einer Verpfändung und zugleich die eigentliche Grundlage der pfandherrlichen Gerichts- und Steuerhoheit. Mit der Entgegennahme des Eides wurde der Gläubiger zum rechtmäßigen und alleinigen Herrn des verpfändeten Landes. Infolgedessen hatte er das Recht und auch die Pflicht, das Land durch den Bau von Burgen zu befestigen und damit zugleich die Möglichkeit, es zu beherrschen. Der Pflicht zur Hilfeleistung entsprang andererseits die Pflicht des Landes, dem Pfandherrn im Kriegsfall Heerfolge zu leisten. Indes war das Land nicht gehalten, an einem Krieg des Pfandherrn gegen den Pfandgeber teilzunehmen. Als Herr des Landes hatte der Pfandnehmer ferner das Recht, die Verhältnisse der Bewohner durch Erteilung von Privilegien zu regeln. Er konnte einer Stadtgemeinde Freiheitsrechte einräumen, ihr aber andererseits auch neue Pflichten auferlegen. Der letztgenannten Befugnis waren jedoch Schranken gesetzt. Denn bei Abschluß des Pfandgeschäftes pflegten die Pfandgeber die Pfandgläubiger zu verpflichten, die den Bewohnern bereits verliehenen Rechte zu achten und nicht anzutasten, insbesondere die Städte nicht mit neuen Pflichten und Diensten zu beschweren¹⁹⁰. Zudem huldigten die Bürger dem Pfandherrn in vielen Fällen nur gegen dessen Versprechen, die städtischen Freiheiten und althergebrachten Rechte zu bestätigen¹⁹¹. Nicht gehindert war der Pfand-

¹⁸⁹ z. B.: 1322: Bacharach, Reg. Pfalzgrafen I 1983; — 1375: Oppenheim, Odernheim, Schwabsberg, Nierstein, Ober-, Niederingelheim, Winternheim, Reg. Pfalzgrafen I 4090; — 1378: Ober-, Niederschefflenz, Reg. Pfalzgrafen I 4211, 4254, 4277 (1379); — 1398: Oppenheim, Winternheim, Schwabsberg, Nierstein, Reg. Pfalzgrafen I 5859; — 1398: Ober-, Niederingelheim, Franck, Oppenheim Nr. 141, 142; — 1398: Odernheim, Reg. Pfalzgrafen I 5861; — 1400: Neuburg, Hagenbach, Reg. Pfalzgrafen II 329; — 1402: Oppenheim, Odernheim etc., Reg. Pfalzgrafen II 2455; — 1407: Odernheim, Hugo Nr. 50; — 1407: Ober-, Niederingelheim, Winternheim, Reg. Pfalzgrafen II 4741; — 1407: Oppenheim, Odernheim etc., Reg. Pfalzgrafen II 4893, 4908; — 1409: Barre, Heiligenstein, Gertweiler, Goxweiler, Ober-Niederburgheim, Reg. Pfalzgrafen II 5834; — 1409: Offenburg, Gengenbach, Zell, Reg. Pfalzgrafen II 5938; — 1409: Offenburg, Hugo Nr. 62; — 1437: Offenburg, Gengenbach, Zell, Hugo Nr. 66; — 1447: Offenburg etc., Hugo Nr. 69.

¹⁹⁰ z. B.: 1330: Sinsheim, Oberrh. StadtR. I, S. 412; — 1407: Oppenheim, Odernheim, Schwabsberg, Nierstein, Ober-, Niederingelheim, Winternheim, Franck, Oppenheim Nr. 146; — 1452: Offenburg, Gengenbach, Zell, Chmel, Reg. Friedr. Nr. 2957, 2962, 2964.

¹⁹¹ Hierauf sind die zahlreichen Privilegienbestätigungen durch Pfandherren zurückzuführen, z. B.: 1330: Sinsheim, Oberrh. StadtR. I, S. 411; — 1330: Mosbach, Const. VI 709; — 1390: Mosbach, Oberrh. StadtR. I, S. 560; — 1390: Sinsheim, Oberrh. StadtR. I, S. 411; — 1407: Oppenheim, Odernheim, Schwabsberg, Nier-

nehmer dagegen, die Stellung einer Stadtgemeinde durch Gewährung neuer Freiheitsrechte zu verbessern. Er konnte pfandherrliche Befugnisse der Erledigung des Stadtrates überweisen¹⁹², diesem die Ausübung der Gerichtsbarkeit übertragen¹⁹³, das Recht einräumen, einen Jahrmarkt zu halten¹⁹⁴, schließlich auf Zoll, Heerfolge und Befestigungsrecht verzichten. Sollten solche Rechtsverleihungen jedoch über die Dauer der Pfandschaft hinaus rechtliche Wirksamkeit erlangen, mußten sie vom Pfandgeber bestätigt werden¹⁹⁵. Schließlich wurden bei Rechtsbrüchen der Bewohner nicht nur diese, sondern auch der Pfandherr zur Rechenschaft gezogen. Umgekehrt hafteten die Untertanen, wie bisher den Gläubigern des Pfandschuldners, jetzt für die Schulden des Pfandherrn und waren dem Pfändungsrecht seiner Gläubiger ausgesetzt¹⁹⁶. In jeder Beziehung machte also eine Verpfändung den Pfandgläubiger für die Dauer der Pfandschaft zum alleinigen rechtmäßigen Herrn des Pfandes. Die verpfändete Herrschaft wurde aus dem Rechtskreis ihres bisherigen Herrn ausgegliedert und dem Gewaltverhältnis des Pfandgläubigers zugeordnet. Das barg in vielen Fällen den Keim in sich zu einem vollständigen und endgültigen Untergang der im Auslösungsrecht zutage tretenden Rechte des ehemaligen Inhabers. So konnte sich im Laufe der Jahrhunderte infolge dauernder Rechtsausübung die pfandrechtliche Landesherrschaft zu einer originären verdichten. Das galt insbesondere für die Reichspfandschaften, da sämtliche Könige seit Karl V. gelobten, verpfändetes Reichsgut nicht wieder auszulösen¹⁹⁷. Da auch Territorialpfandschaften nur selten wieder aufgelöst wurden, bedeutete der Erwerb einer Pfandschaft in den allermeisten Fällen die vollständige und endgültige Einverleibung in den Herrschaftsbereich des Pfandherrn.

stein, Ober-, Niederingelheim, Winternheim, Franck, Oppenheim Nr. 148; — 1413: Mosbach, Oberrh. StadtR. I, S. 566; — 1436: Oppenheim, Odernheim etc., Franck, Oppenheim Nr. 178.

¹⁹² z. B.: 1383: Mosbach, Oberrh. StadtR. I, S. 558; — 1435: Mosbach, Oberrh. StadtR. I, S. 570; — 1441: Kaiserslautern, Chmel, Reg. Friedr. Anh. Nr. 8; — 1477: Pfeddersheim, UB Pfeddersheim Nr. 205.

¹⁹³ Siehe Anm. 192.

¹⁹⁴ z. B.: 1394: Eberbach, Oberrh. StadtR. I, S. 99; — 1479: Eppingen, Oberrh. StadtR. I, S. 808.

¹⁹⁵ z. B.: 1367: Oberschefflenz, Oberrh. StadtR. I, S. 117; — 1441: Kaiserslautern, Chmel, Reg. Friedr. Anh. Nr. 8.

¹⁹⁶ In einigen Fällen pflegten die Pfalzgrafen oder die Könige die Pfänder von der Haftungspflicht zu befreien: 1330: Mosbach, Const. VI 711; — 1337: Mosbach, Böhmer, Reg. Ludw. Nr. 1831; — 1345: Mosbach, Oberrh. StadtR. I, S. 550; — 1378: Oppenheim, Odernheim etc., Kaiserslautern, Franck, Oppenheim Nr. 125; — 1452: Gengenbach, Chmel, Reg. Friedr. Nr. 2957; — 1453: Kaiserslautern, Chmel, Reg. Friedr. Nr. 3076.

¹⁹⁷ G. Landwehr, a. a. O. (Anm. 1), S. 337.

V.

Die bisherigen Ergebnisse unserer Untersuchung lassen die Pfandpolitik der Pfalzgrafen in einem denkbar günstigen Licht erscheinen. Sie hinterlassen den Eindruck, als hätten die pfälzischen Wittelsbacher, unter ihnen insbesondere Ruprecht I., die Gunst der Stunde eindeutig erkannt und den Machtzerfall der Reichsgewalt und den allmählichen Niedergang der kleineren Adelsgeschlechter ausgenutzt zur Erweiterung ihrer Herrschaftsmacht und zum Aufbau ihrer Territorialgewalt. Indes zeigt dieses Bild nur die eine Seite der kurpfälzischen Pfandpolitik. Denn unsere Blicke waren bisher nur auf die lichten, nicht aber auf die dunkeln Seiten spätmittelalterlicher Territorialpolitik gerichtet. Der Erwerb umfangreicher Herrschaftsrechte erforderte nicht nur finanzielle Machtmittel, sondern auch neue Methoden in der Verwaltung der plötzlich angewachsenen, aber weit verstreuten und in sich zerrissenen Territorialgebilde. Das Lehnwesen war der Bewältigung dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen¹⁹⁸, ja sogar infolge der gewohnheitsrechtlich entstandenen Vererblichkeit des Lehngutes ein untaugliches Mittel, sollte nicht sofort wieder ein Verlust der gerade erworbenen Hoheitsrechte und deren Übergang in die Hand der Lehnsleute eintreten. Infolgedessen mußten sich die Pfalzgrafen zur Bewältigung dieser neuartigen Verwaltungsprobleme eben derselben Institution bedienen, die vom Reich in derselben Situation angewandt wurde. Es war dies gerade dasjenige Mittel, das den Pfalzgrafen überhaupt erst den Weg zu ihrer Erwerbspolitik eröffnete: nämlich die Verpfändung. Unser Bild vom pfälzischen Territorium des 14. Jahrhunderts wäre recht einseitig und lückenhaft, wenn wir nicht auch noch einen Blick auf diese Seite kurpfälzischer Pfandpolitik werfen würden. Ebenso wie das Reich und die kleineren Adelsgeschlechter haben auch die Pfalzgrafen nicht unbeträchtliche Pfandgeschäfte getätigt. Insgesamt verpfändeten sie mehr als 150 Städte, Dörfer und Gerichte der rheinischen Pfalz. Würden wir die Pfandgeschäfte der Oberpfalz mit einbeziehen, erhöhte sich diese Zahl auf über 300. Im linksrheinischen Herrschaftsbereich versetzten die Pfalzgrafen u. a. im Gebiet zwischen Nahe und Mosel die Burgen und Dörfer Kaub¹⁹⁹, Fürstenberg²⁰⁰, Rheinböllen²⁰¹, Diebach²⁰² und Manubach²⁰³, Stahleck²⁰⁴, Stahlberg²⁰⁵, Braunshorn²⁰⁶, Bacharach²⁰⁷ und

Stee²⁰⁸, ferner Burg Stromberg²⁰⁹ und Amt Ehrenburg²¹⁰. Vom Herrschaftsbesitz um Alzey waren Pfandgegenstand: Alzey²¹¹ selbst, ferner die Burg Ruppertsecken²¹² mit sechs Dörfern²¹³, Weitersweiler²¹⁴, Bolanden mit Marnheim²¹⁵ sowie Altenbaumburg²¹⁶, schließlich die sieben zur Burg Stromberg gehörenden, rechts der Nahe gelegenen Ortschaften²¹⁷. Im Gebiet des Pfälzer Waldes erscheinen als Pfand: Zweibrücken²¹⁸, Hornbach²¹⁹ und Bergzabern²²⁰, die Burgen Kirkel²²¹, Neuwolfstein²²², Neidenfels²²³ und Wachenheim²²⁴, Gräfenstein²²⁵, Trifels²²⁶, Annweiler²²⁷, Wegelnburg²²⁸ und Neukastel mit den Dörfern Ilbesheim und Leinsweiler²²⁹, sodann Billigheim²³⁰ mit den fünf dazugehörenden Orten²³¹, Godramstein mit Siebeldingen und Birkweiler²³², schließlich die Burgen und Herrschaften Guttenberg und Falkenburg²³³, insgesamt 19 Dörfer und Ort-

²⁰⁸ Reg. Pfalzgrafen I 6744 (1354).

²⁰⁹ Reg. Pfalzgrafen I 1674 (1311), 1969 (1320), 2707 (1352).

²¹⁰ Reg. Pfalzgrafen II 3491 (1404).

²¹¹ Reg. Pfalzgrafen I 1950 (1317).

²¹² Reg. Pfalzgrafen II 942 (1401), 4370, 4373, 4580 (1406), 5724 (1407), 5924 (1409).

²¹³ Gundersweiler, Gehrweiler, Gau-Weinheim, Undenheim, Nordenheim, Biebelnheim, a. a. O. Anm. 212, siehe auch Anm. 217.

²¹⁴ Reg. Pfalzgrafen II 4805 (1407).

²¹⁵ Reg. Pfalzgrafen I 5513 (1393), 5542, 5564 (1394), II 3258 (1403), 4415, 4629 (1406), 5374 (1408).

²¹⁶ Reg. Pfalzgrafen I 5583 (1395); Mittelburg der Altenbaumburg.

²¹⁷ Schimsheim, Gau-Weinheim, Ensheim, Engelstadt, Appenheim, Horrweiler, Grolsheim, a. a. O. Anm. 209.

²¹⁸ Reg. Pfalzgrafen I 5468 (1393).

²¹⁹ Siehe Anm. 218.

²²⁰ Reg. Pfalzgrafen I 4598 (1385), 5468 (1393).

²²¹ Reg. Pfalzgrafen I 4671 (1386), II 4578 (1406), 4855 (1407).

²²² Reg. Pfalzgrafen I 4222 (1378).

²²³ Reg. Pfalzgrafen I 2966 (1356), II 6041 (1409).

²²⁴ Reg. Pfalzgrafen I 2107, 2108 (1331).

²²⁵ Reg. Pfalzgrafen I 3713 (1367), 3983 (1371).

²²⁶ Reg. Pfalzgrafen I 2827 (1355), II 2123 (1402), 3067 (1403), 3510, 3549 (1404), 4689 (1407).

²²⁷ Siehe Anm. 226, ferner: Reg. Pfalzgrafen I 3713 (1367).

²²⁸ Reg. Pfalzgrafen I 2365 (1350), 2827 (1355), II 712 (1401), 2123 (1402), 4694 (1407).

²²⁹ Reg. Pfalzgrafen I 2877 (1355), 3713 (1367), 3949, 3968 (1371), 4000 (1372), 5881 (1398), II 3020 (1403), 4338 (1406).

²³⁰ Reg. Pfalzgrafen I 2360, 2363 (1350), 3329, 3330, 3347 (1361), 3713 (1367).

²³¹ Steinweiler, Erlenbach, Klingen, Rohrbach, Impfflingen, a. a. O. Anm. 230.

²³² Siehe Anm. 230.

²³³ Reg. Pfalzgrafen I 4261—64, 4268, 4282, 4316 (1379), 4474, 4475 (1382), 4581 (1384), 4694 (1386), 4790 (1388), 5981 (1399), II 6669 (1400), 810 (1401), 3038 (1403), 4338 (1406), 5882 (1409).

¹⁹⁸ Siehe das oben zu den Reichspfandschaften Gesagte, S. 170 f.

¹⁹⁹ Reg. Pfalzgrafen I 1654 (1310), 2357, 2831 (1349, 1355), II 3565 (1404).

²⁰⁰ Reg. Pfalzgrafen I 1923, 1924, 1928 (1314), 1967 (1320), 1984 (1322), 2107, 2108 (1331).

²⁰¹ Reg. Pfalzgrafen I 1923 (1314), 1939, (1316), 1966, 1967 (1320), 1986 (1322), 2186, 2181 (1338), 2486 (1342).

²⁰² Reg. Pfalzgrafen I 1923 (1314), 1967 (1320).

²⁰³ Reg. Pfalzgrafen I 1923 (1314).

²⁰⁴ Reg. Pfalzgrafen I 1927 (1314), 1938 (1316), 1966 (1320), 1986 (1322), 2186, 2181 (1338), 2486 (1342), 6744 (1354).

²⁰⁵ Siehe Anm. 204.

²⁰⁶ Siehe Anm. 204.

²⁰⁷ Siehe Anm. 204.

schaften²³⁴. Ferner sind zu nennen: Lamsheim²³⁵, Oppau²³⁶, Friesenheim²³⁷ und Mutterstadt²³⁸, sodann Germersheim²³⁹, Hagenbach²⁴⁰, Stadt und Amt mit fünf Dörfern²⁴¹, weiterhin Neuburg²⁴² und Wörth²⁴³. Schließlich im Elsass: die Dörfer des Mundats²⁴⁴, die Dörfer des Hettgau²⁴⁵ und die Lützelburg²⁴⁶. Kein anderes Bild bietet die rechtsrheinische Pfalz. Hier erscheinen als Pfand: Wallhausen (Wilmshausen)²⁴⁷ und die Vogtei Bensheim²⁴⁸, die Burg Lindenfels²⁴⁹, die Harfenburg²⁵⁰, Heddesbadi²⁵¹, Waldeck²⁵² mit sechs dazugehörenden Ortschaften²⁵³, ferner Weinheim²⁵⁴, die Vogtei des Klosters Höchst²⁵⁵, schließlich Hammelbach²⁵⁶ und die fünf dazugehörenden Dörfer des Amtes Lindenfels²⁵⁷. Südlich des Neckars wurden verpfändet: Neckarau mit Rheinhausen und der Mühle zu Videnheim²⁵⁸, Walldorf²⁵⁹, Wersau mit Hockenheim und

²³⁴ Dörrenbach, Rechtenbach, Otterbach, Minfeld, Freckenfeld, Kandel, Minderslachen, Diebach, Mossau, Widehohe, Horbach, Schweigen, Neuroth, Wilgartswiesen, Hochstetten, Rinntal, Haßloch, Iggelheim, Böhl, a. a. O. Anm. 233.

²³⁵ Reg. Pfalzgrafen I 2390 (1353), 3816 (1369).

²³⁶ Reg. Pfalzgrafen I 3357 (1361).

²³⁷ Siehe Anm. 236.

²³⁸ Reg. Pfalzgrafen I 2692 (1351), 4340 (1380).

²³⁹ Reg. Pfalzgrafen I 2827, 2841 (1355), II 6204 (1410).

²⁴⁰ Reg. Pfalzgrafen II 327, 329 (1400), 367, 1234 (1401), 2119 (1402), 6166, 6200 (1410).

²⁴¹ Neuburg-Weiher, Berg, Pfortz, Vollach, Dettenheim, a. a. O. Anm. 240.

²⁴² Siehe Anm. 240.

²⁴³ Reg. Pfalzgrafen II 3720 (1404), 3942, 3945 (1405).

²⁴⁴ Reg. Pfalzgrafen I 2015 (1325).

²⁴⁵ Reg. Pfalzgrafen II 1727 (1401), 2465 (1402), 3719 (1404): Hatten (Burg), Görsdorf, Rittershofen, Betschdorf, Köhlendorf, Schwabsweiler, Reimersweiler, Preusdorf, Oberdorf, Diefenbach, Mitschdorf.

²⁴⁶ Reg. Pfalzgrafen I 5283, 5275 (1408).

²⁴⁷ Reg. Pfalzgrafen I 294 (1229), 344 (1231), 431 (1238).

²⁴⁸ Siehe Anm. 247.

²⁴⁹ Reg. Pfalzgrafen I 1657 (1311), 1899, 1912, 1926 (1314), 3012 (1357).

²⁵⁰ Reg. Pfalzgrafen I 1754 (1314).

²⁵¹ Reg. Pfalzgrafen I 1754 (1314), 4785 (1388).

²⁵² Reg. Pfalzgrafen I 4702 (1387), 4785 (1388), II 4843 (1407), 5759 (1409).

²⁵³ Heiligkreuzsteinach, Altneudorf, Lampenhain, Bärsbach, Eiterbach, Schimpfenbach, a. a. O. Anm. 252.

²⁵⁴ Reg. Pfalzgrafen I 1657, 1671 (1311), 2281, 2282, 2510 (1344), 2543—45 (1345), 5169 (1387).

²⁵⁵ Reg. Pfalzgrafen I 3715 (1367), 3902 (1370).

²⁵⁶ Reg. Pfalzgrafen I 5438—40 (1392).

²⁵⁷ Birkenau, Bonsweiher, Mörlenbach, Kocherbach, Litzelbach, a. a. O. Anm. 256.

²⁵⁸ Reg. Pfalzgrafen I 1241 (1291), 2610 (1349), 2385 (1353), 3523 (1364), 4024 (1373), 4183 (1377).

²⁵⁹ Reg. Pfalzgrafen I 821 (1268), 1990, 1996 (1323).

Reilingen²⁶⁰, Wieblingen²⁶¹, Wiesloch²⁶² und einmal erscheint sogar Heidelberg als Eventualpfand²⁶³. Im Gebiet neckaraufwärts und südlich davon verpfändeten die Pfalzgrafen Neckargemünd und Reichenstein²⁶⁴, Eberbach²⁶⁵, Minneburg²⁶⁶, Mosbach²⁶⁷, Hasbach²⁶⁸, Butersheim²⁶⁹ und Sinsheim²⁷⁰, Kirchardt²⁷¹, Meckesheim²⁷² und Schönmatenwang²⁷³, ferner Steinsberg²⁷⁴, Weiler²⁷⁵, Hilsbach²⁷⁶, Richen²⁷⁷ und Elsenz²⁷⁸, schließlich Heidelshem²⁷⁹, Eppingen²⁸⁰ und Bretten²⁸¹. Endlich wären zu nennen: die Stadt Lauda²⁸², die Burgen Löwenstein²⁸³ und Wildberg²⁸⁴, Bulach²⁸⁵, Feherbach²⁸⁶, Rudenberg²⁸⁷ und Waldeck²⁸⁸, ferner Gochsheim²⁸⁹ und Wein-

²⁶⁰ Reg. Pfalzgrafen I 1990, 1996 (1323), 3452, 3460, 3832 (1363), 3521 (1364), 3645, 3646 (1366), 3727 (1367), 3973 (1371).

²⁶¹ Reg. Pfalzgrafen I 3136 (1359).

²⁶² Reg. Pfalzgrafen II 1535, 1536 (1401), 3950 (1405).

²⁶³ Reg. Pfalzgrafen I 1999 (1323).

²⁶⁴ Reg. Pfalzgrafen I 2827 (1355).

²⁶⁵ Reg. Pfalzgrafen I 2705, 2700 (1352), 3961 (1371), 5448 (1392), II 1391 (1401).

²⁶⁶ Reg. Pfalzgrafen I 2705, 2700 (1352), 3961 (1371), 5448 (1392), II 1391 (1401).

²⁶⁷ Reg. Pfalzgrafen I 2224 (1339), 2298, 2301, 2302 (1345), 2336, 2338 (1349), 2361 (1350), 3407 (1362), 3481 (1363).

²⁶⁸ Reg. Pfalzgrafen I 2224 (1339), 2298, 2301, 2302 (1345), 2336 (1349).

²⁶⁹ Siehe Anm. 268.

²⁷⁰ Reg. Pfalzgrafen I 2213 (1339), 2280, II 6369a (1344), I 2338 (1349), 2361 (1350), 3407 (1362), 3481 (1363).

²⁷¹ Reg. Pfalzgrafen II 4453 (1406).

²⁷² Reg. Pfalzgrafen I 2587 (1347).

²⁷³ Siehe Anm. 272.

²⁷⁴ Reg. Pfalzgrafen I 6565 (1311), 6583, 6584 (1325), 3482 (1363), II 4859 (1407), 6143 (1410).

²⁷⁵ Reg. Pfalzgrafen II 4859 (1407), 6143 (1410).

²⁷⁶ Reg. Pfalzgrafen I 6583, 6584 (1325), 3482 (1363), 5318 (1391), II 2399, 2400 (1402), 3305 (1403), 4423 (1406).

²⁷⁷ Reg. Pfalzgrafen II 4859 (1407), 6143 (1410).

²⁷⁸ Reg. Pfalzgrafen I 3492 (1364), 3565 (1365), 5318 (1391), II 2399, 2400 (1402), 4859 (1407), 6143 (1410).

²⁷⁹ Reg. Pfalzgrafen I 5220, 5217 (1390), 5509 (1393).

²⁸⁰ Reg. Pfalzgrafen I 2573 (1347).

²⁸¹ Reg. Pfalzgrafen II 1535, 1536 (1401).

²⁸² Reg. Pfalzgrafen I 5518 (1393), II 5191 (1408).

²⁸³ Reg. Pfalzgrafen I 4791 (1388).

²⁸⁴ Reg. Pfalzgrafen I 5217 (1390), 5420 (1392), 5476, 5502, 5506, 5509 (1393), 5540, 5577 (1394), II 413 (1401), 4758 (1407).

²⁸⁵ Reg. Pfalzgrafen I 5420 (1392), 5506 (1393), 5540 (1394), II 413 (1401), 4758 (1407).

²⁸⁶ Reg. Pfalzgrafen I 5420 (1392), II 413 (1401), 4758 (1407).

²⁸⁷ Reg. Pfalzgrafen II 4758 (1407).

²⁸⁸ Siehe Anm. 287.

²⁸⁹ Reg. Pfalzgrafen I 5189, 5206 (1390).

garten²⁹⁰, schließlich Habitzheim²⁹¹ und Kaiserswerth²⁹². Insgesamt gesehen ergibt das einen recht ansehnlichen Güterbesitz, den die Pfalzgrafen ihrerseits verpfändet haben. Bemerkenswert ist dabei, daß ein beträchtlicher Teil dieser Besitzungen, von ihnen gerade eben erst im Wege der Pfandsetzung erworben, schon nach kurzer Zeit wieder weiter versetzt wurde. Addiert, belaufen sich diese Pfandgeschäfte auf insgesamt 20 000 Mark Silber, 120 000 Pfund Heller und 380 000 Gulden, zusammen etwa 560 000 Gulden. Auf die einzelnen Herrscher entfallen dabei folgende Beträge:

	Mark Silber	Pfd. Heller	Gulden
Rudolf I.	1 000	16 000	—
Ludwig d. Bay. ^{292a}	15 000	62 000	—
Rudolf II.	—	30 000	20 000
Ruprecht I.	1 000	12 000	105 000
Ruprecht II.	3 000	—	57 000
Ruprecht III.	—	—	198 000
	20 000 Mark Silber	120 000 Pfd. Heller	380 000 Gulden

²⁹⁰ Reg. Pfalzgrafen I 4739 (1387), 4777, 4778 (1388), II 4328 (1406), 4866 (1407).

²⁹¹ Reg. Pfalzgrafen I 4792 (1388), 5272 (1390), 5441 (1392), II 164 (1400), 4757 (1407).

²⁹² Siehe S. 164 f.

^{292a} Von den Pfandgeschäften Ludwigs d. Bay. stehen die umfangreichsten im Zusammenhang mit der Königswahl. Am 12. Sept. 1314 versprach Ludwig dem Erzbischof Peter von Mainz für dessen Stimme bei der Wahl die Übertragung von Weinheim, Laudensbach, der Hälfte von Heddesbach und der Burg Reichenstein, ferner verpfändete er ihm für 10 000 Mark Silber die Burg Lindenfels. Reg. Pfalzgrafen I 1899, 1912, 1926, 3012 (1357). Weiterhin versetzte er ihm am 24. und 29. Okt. 1314 für insgesamt 1200 Mark Silber die Burg Fürstenberg mit Rheinböllen und Gerechtsamen in Diebach und Manubach, Reg. Pfalzgrafen I 923, 1924, 1928. Im Jahre 1317 wurden die Pfandorte gegen Verpfändung von Alzey ausgetauscht, Reg. Pfalzgrafen I 1950. Ebenfalls als Entgelt für seine Wahl zum König verpfändete Ludwig d. Bay. am 17. Dez. 1314 für zunächst 18 000 Pfd. Heller, später (1316) insgesamt 58 300 Pfd. Heller den beiden Luxemburgern, König Johann von Böhmen und Erzbischof Balduin von Trier, die Burgen Stahleck, Stahlberg, Braunshorn und Bacharach mit dem Rheinzoll. Reg. Pfalzgrafen I 1927, 1938, 1939, 1966, 1986, 2181, 2186, 2212, 2400, 2458, 2486, 6744.

VI.

Die Pfanderwerbsgeschäfte der Pfalzgrafen beliefen sich auf insgesamt etwa 520 000 Gulden²⁹³. Der Vergleich mit der Verpfändungssumme von 560 000 Gulden zeigt, daß die Pfalzgrafen in der Rheinpfalz rein zahlenmäßig mehr verpfändet als pfandweise erworben haben²⁹⁴. Indes sagt uns

²⁹³ Siehe die Tabelle S. 170.

²⁹⁴ Über die Pfandgeschäfte in der Oberpfalz geben die folgenden Tabellen Auskunft:

I. Pfanderwerbungen

	Mark Silber	Pfd. Regensb. Pfennige	Gulden
Ludwig II.	—	2 000	—
Rudolf I.	13 000	—	—
Rudolf II.	7 500	—	60 000
Ruprecht I.	11 000	1 000	21 000
Ruprecht II.	—	500	—
Ruprecht III.	—	—	54 000
	31 500 Mark Silber	3 500 Pfd. Regensb. Pfennige	135 000 Gulden

insgesamt etwa 235 000 Gulden

II. Verpfändungen

	Mark Silber	Pfd. Regensb. Pfennige	Schock böhm. Groschen	Gulden
Otto II.	3 500	—	—	—
Ludwig II.	—	150	—	—
Rudolf I.	—	250	—	—
Ludw. d. Bay.	—	400	—	—
Rudolf II.	6 000	—	—	60 000
Ruprecht I.	32 000	700	—	9 000
Ruprecht II.	—	—	10 000	—
Ruprecht III.	7 000	1 000	—	131 000
	48 500 Mark Silber	2 500 Pfd. Regensb. Pfennige	10 000 Schock böhm. Groschen	200 000 Gulden

insgesamt etwa 350 000 Gulden

eine solche Gegenüberstellung überhaupt nichts, solange wir nicht einen kurzen Blick auf den Personenkreis werfen, dem die Pfalzgrafen Güter- und Herrschaftsrechte pfandweise übertragen haben. Am aufschlußreichsten sind in dieser Hinsicht zwei Pfandbriefe Ruprechts III. aus den Jahren 1403 und 1404. Im ersten bekennt er, von seinen Räten 4800 Gulden zur Ausrichtung einer Botschaft nach Rom an den Papst geliehen zu haben und verpfändet ihnen dafür seine sämtlichen Zolleinnahmen zu Bacharach und Kaub²⁹⁵. In der zweiten Urkunde verkauft er ebenfalls seinen Räten und lieben Getreuen auf Wiederkauf für 17 500 Gulden Schloß und Stadt Kaub nebst dem dortigen Rheinzoll²⁹⁶. Diesen Betrag hatte Ruprecht für den von ihm geplanten, aber nie zur Durchführung gelangten zweiten Italienzug verwenden wollen. Als seine Räte werden namentlich genannt: Wiprecht von Helmstatt d. Ä., Wiprecht von Helmstatt d. J., Vogt zu Bretten, sowie Hans und Reinhard von Helmstatt; Hans und Eberhard von Hirschhorn; Otto Knebel, Burggraf von Stahlberg, Tham Knebel, Ruprechts Marschall, sowie Gerlach und Werner Knebel; ferner Schwarz Reinhard von Sickingen, Landvogt im Elsaß, Hanmann von Sickingen, Vitztum zu Neustadt, Reinhard d. J. von Sickingen, Vogt zu Heidelberg, Eberhard von Sickingen, Amtmann auf dem Trifels; sodann Ulrich Landschad, Burggraf zu Alzey, Kunz Landschad von Steinach; Kunz Monnich von Rosenberg, Vogt zu Steinsberg; Johann Kämmerer, Schultheiß zu Oppenheim; Wilhelm von Waldeck, Burggraf von Stahleck; Heinrich von der Huben, Hofmeister zu Heidelberg; Albrecht von Berwangen, Hofmeister zu Heidelberg; Henne Werberg, Vogt zu Germersheim; Werner von Albich, Burggraf zu Stromberg; Hanmann Schultheiß von Weinheim; Hermann von Rodenstein, Landvogt in der Wetterau; schließlich Hennel Wisskreis von Lindenfels, Hans von Venningen und einige andere. Der hier aufgezählte Personenkreis ist für die Bewertung der kurpfälzischen Pfandpolitik außerordentlich interessant und bedeutungsvoll. Denn die hier genannten Familien erscheinen nicht etwa erstmals und rein zufällig in den beiden Jahren 1403 und 1404 als Pfandinhaber, sondern fast alle sind seit der Mitte des 14. Jahrhunderts regelmäßig als Pfandnehmer kurpfälzischer Herrschaftsrechte zu finden. Die Pfandsumme der mit ihnen getätigten Pfandgeschäfte beläuft sich auf nahezu 250 000 Gulden, also beinahe die Hälfte aller pfalzgräflichen Verpfändungsakte^{296a}.

Die Sickingen sind erstmals 1352 Pfandgläubiger der Pfalzgrafen. Mitglieder der Familie sind neunzehnmal Besitzer pfälzischer Pfandschaften für eine Summe von insgesamt 54 000 Gulden²⁹⁷. Unter ihnen mit fünf Pfand-

setzungen: Hanmann von Sickingen, Vitztum zu Neustadt²⁹⁸; mit einer: Martin von Sickingen, Vogt auf der Wegelnburg²⁹⁹; mit sieben Pfandschaften: Schwarz Reinhard von Sickingen, Landvogt im Elsaß³⁰⁰; mit zwei: Reinhard d. J. von Sickingen, Vogt zu Heidelberg³⁰¹; und mit einer: Eberhard von Sickingen, Amtmann auf dem Trifels³⁰². — Ebenfalls seit 1352 erscheinen die Landschad als Pfandinhaber. Sie sind insgesamt achtzehnmal an Pfandgeschäften beteiligt mit einer Summe von 45 000 Gulden³⁰³. Darunter mit fünf Pfandschaften: Konrad Landschad, Vitztum zu Neustadt³⁰⁴; mit drei: Blicher Landschad, kurpfälzischer Hofmeister und Vogt zu Steinsberg³⁰⁵; schließlich mit drei Pfandsetzungen: Ulrich Landschad, Burggraf von Alzey³⁰⁶. — Die Ritter von Hirschhorn traten erstmals 1314 in pfandrechtliche Beziehungen zu den Pfalzgrafen. Mitglieder dieser Familie sind fünfzehnmal als Inhaber von Pfandschaften erwähnt mit einer Summe von insgesamt etwa 63 000 Gulden³⁰⁷. Hervorzuheben wäre in diesem Zusammenhang Engelhard I. von Hirschhorn mit vier Pfandschaften. Er führt dabei

(1410); — Reinhard d. J. von Sickingen, Reg. Pfalzgrafen I 5318 (1391), II 6200 (1410); — Hanmann von Sickingen, Reg. Pfalzgrafen I 5416 (1392), 5513 (1393), 5542 (1394), 5564 (1394), II 3258 (1403), 2399, 2400 (1402), 4338 (1406); — Martin von Sickingen, Reg. Pfalzgrafen I 5416 (1392); — Friedrich von Sickingen, Reg. Pfalzgrafen I 5628, 5629 (1393); — Eberhard von Sickingen, Reg. Pfalzgrafen II 3067 (1403); — Heinrich von Sickingen, Reg. Pfalzgrafen II 5191 (1408).

²⁹⁸ Reg. Pfalzgrafen I 5416 (1392), 5513 (1393), 5542, 5564 (1394), II 327 (1400), 810 (1401), 3258 (1403).

²⁹⁹ Reg. Pfalzgrafen I 5416 (1392).

³⁰⁰ Reg. Pfalzgrafen II 1234, 1727 (1401), 2399, 2400 (1402), 3950 (1405), 4423 (1406), 4694 (1407).

³⁰¹ Reg. Pfalzgrafen II 1234 (1401), 6200 (1410).

³⁰² Reg. Pfalzgrafen II 327 (1400).

³⁰³ Ulrich Landschad, Reg. Pfalzgrafen I 2700 (1352), 3961 (1371); — Blicher Landschad, Reg. Pfalzgrafen I 3482 (1363), 3715 (1367), 3966 (1371), 4739 (1387); — Hennel Landschad, Reg. Pfalzgrafen I 3715 (1367); — Konrad Landschad, Reg. Pfalzgrafen I 3713 (1367), 3949 (1371), 3968 (1371), 4000 (1372), 4598 (1385), 5881 (1398); — Dieter Landschad, Reg. Pfalzgrafen II 942 (1401), 712 (1401), 6041 (1409); — Kunz Landschad, Reg. Pfalzgrafen II 3020 (1403), 3067 (1403), 3510, 3549 (1404); — Ulrich Landschad, Reg. Pfalzgrafen II 4415, 4629 (1406), 5374 (1408).

³⁰⁴ Reg. Pfalzgrafen I 3452 (1363), 3712 (1367), 3832 (1369), 3949 (1371).

³⁰⁵ Reg. Pfalzgrafen I 3966 (1371), 4316 (1379), 4739 (1387), 4778 (1388). — E. b. Klafki, Die kurpfälzischen Erbhöfämter (Veröff. d. Komm. f. geschichtl. Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Bd. 35), 1966, S. 63.

³⁰⁶ Reg. Pfalzgrafen I 5440 (1392), II 4415, 4629 (1406), 5374 (1408).

³⁰⁷ Albrecht I. von Hirschhorn, Reg. Pfalzgrafen I 1754 (1317), 1782 (1316), 1781 (1316); — Engelhard I. von Hirschhorn, Reg. Pfalzgrafen I 2213 (1339), 2280, II 6369a (1344), 2298, 2301, 2302 (1345), 2587 (1347); — Engelhard II. von Hirschhorn, Reg. Pfalzgrafen I 2338 (1349), 2361 (1350), 3407 (1362), 3481 (1363), 2385 (1353), 3523 (1364), 4024 (1373), 4183 (1377), 3452 (1363); Margarethe von Hirschhorn, Tochter Engelhards I., Reg. Pfalzgrafen I 3645, 3646 (1366), 3727 (1367), 3973 (1371); — Hans von Hirschhorn, Reg. Pfalzgrafen I 3344 (1361), 4791 (1388), II 2124 (1402), 5031 (1407), 6234 (1410).

²⁹⁵ Reg. Pfalzgrafen II 2854.

²⁹⁶ Reg. Pfalzgrafen II 3565.

^{296a} Siehe die Tabelle in Anm. 340.

²⁹⁷ Reinhard von Sickingen gen. Hofewart, Reg. Pfalzgrafen I 2705 (1352), 5318 (1391); — Ludwig von Sickingen Hofewart, Reg. Pfalzgrafen I 3565 (1365); — Swicker von Sickingen, Reg. Pfalzgrafen I 3949 (1371), 4000 (1372); — Schwarz Reinhard von Sickingen, Reg. Pfalzgrafen I 5318 (1391), II 1724, 2465 (1401/02), 3719, 3720 (1404), 2399, 2400 (1402), 3950 (1405), 4423 (1406), 4694 (1407), 6143

die allgemeine Bezeichnung „Vitztum“³⁰⁸. — Heinrich von Erligheim, Vitztum zu Heidelberg³⁰⁹, ist von 1349 bis 1387 fünfmal mit insgesamt 4500 Gulden an pfalzgräflichen Pfandgeschäften beteiligt³¹⁰. — Werner Knebel, Burggraf von Stahlberg, Vitztum am Rhein³¹¹, ist fünfmal pfälzischer Pfandgläubiger³¹². Sein Sohn, Tham Knebel d. A., Schultheiß in Oppenheim³¹³, erscheint dreimal als Pfandnehmer³¹⁴. Sein Sohn wiederum, Tham Knebel d. J., ist Marschall des Pfalzgrafen³¹⁵, sein Bruder Otto Burggraf zu Stahlberg³¹⁶. — Die Rosenberger sind seit 1371 fünfmal mit 4000 Gulden an pfalzgräflichen Pfandschaften beteiligt³¹⁷. Konrad von Rosenberg, der zweimal vertreten ist, war zunächst Vitztum zu Amberg³¹⁸, später in Heidelberg³¹⁹. Zweimal tritt Kunz Munnich von Rosenberg, Vogt zu Steinsberg³²⁰, als Pfandherr auf. — Sechs Pfandgeschäfte tätigten die Pfalzgrafen für insgesamt 21 000 Gulden mit denen von Helmstatt³²¹. Zweimal sind Wiprecht d. A., Vogt zu Bretten³²², und zweimal Wiprecht d. J. von Helmstatt, ebenfalls Vogt zu Bretten³²³, Inhaber von Pfandschaften. — Der Schultheiß von Oppenheim, Johann Kämmerer von Worms³²⁴, erscheint dreimal mit 6500 Gulden als Pfandnehmer³²⁵. Ein Edelknecht, Dieter Kämmerer von Worms, ist zweimal Pfandnehmer³²⁶. — An drei Pfandsetzungen zu insgesamt 16 000 Gulden wirkten als Gläubiger mit: Siegfried von Ven-

ningen, Deutschordensmeister³²⁷, und Hans d. A. von Venningen³²⁸. Ein Kunz von Venningen, der an diesen Geschäften nicht beteiligt ist, war Vogt zu Heidelberg³²⁹. — Der Hofmeister Hennel Wisskreis von Lindenfels tritt zweimal als Pfandherr in Erscheinung³³⁰. Dasselbe gilt für Bernhard Wisskreis von Lindenfels³³¹. — Je zweimal sind Pfandnehmer: Henne Werberg³³², Vogt zu Germersheim³³³, — Gerhard Gabel³³⁴, Vogt zu Lindenfels³³⁵ bzw. Heidelberg³³⁶, — und Eberhard Schenk von Erbach³³⁷. — Schließlich sind unter Ruprecht III. zweimal die Vögte zu Kaisersberg an Pfandschaften beteiligt: 1401 Eberhard von Ramberg³³⁸ und 1407 Hans von Königsbach^{339, 340}.

- ³⁰⁸ Reg. Pfalzgrafen II 6369a (1344), I 2298 (1345).
³⁰⁹ Reg. Pfalzgrafen I 3314 (1361), 3404 (1362), 3733 (1367).
³¹⁰ Reg. Pfalzgrafen I 2638 (1349), 2726 (1353), 3314 (1361), 3733 (1367), 3404 (1362), 4702 (1387).
³¹¹ Reg. Pfalzgrafen I 2107 (1331), 3404 (1362), 3436, 3446, 3459, 3461 (1363), 3572 (1365).
³¹² Reg. Pfalzgrafen I 3436 (1363), 3461 (1363), 3459 (1363), 3446 (1363), 3572 (1367).
³¹³ Reg. Pfalzgrafen I 5513 (1393), 5542, 5564 (1394), II 327 (1400), 1234 (1401), 2124 (1402), 3258 (1403).
³¹⁴ Reg. Pfalzgrafen I 5513 (1393), 5542 (1394), 5564 (1394), II 3258 (1403).
³¹⁵ Reg. Pfalzgrafen II 3258 (1403).
³¹⁶ Reg. Pfalzgrafen II 327 (1400).
³¹⁷ Konrad von Rosenberg, Reg. Pfalzgrafen I 3961 (1371), 5448 (1392), II 1391 (1401); — Kunz Munich von Rosenberg, Reg. Pfalzgrafen I 5448 (1392), 5413 (1392); — Dieter Munich von Rosenberg, Reg. Pfalzgrafen II 4453 (1406).
³¹⁸ Reg. Pfalzgrafen I 3452 (1363), 3832 (1369), 4024 (1373).
³¹⁹ Reg. Pfalzgrafen I 3961 (1371), 5448 (1392).
³²⁰ Reg. Pfalzgrafen I 5413, 5448 (1392), II 1234 (1401).
³²¹ Raban von Helmstatt, Reg. Pfalzgrafen I 1282 (1292); — Wiprecht d. A. von Helmstatt, Reg. Pfalzgrafen I 4524 (1383), 3966 (1371), 4777, 4778 (1388); — Wiprecht d. J. von Helmstatt, Reg. Pfalzgrafen II 4328 (1406), 4866 (1407); — Hans von Helmstatt, Reg. Pfalzgrafen II 6143 (1410).
³²² Reg. Pfalzgrafen I 3966 (1371), 4316 (1379), 4777 (1388).
³²³ Reg. Pfalzgrafen II 327 (1400), 1234 (1401).
³²⁴ Reg. Pfalzgrafen II 3565 (1404).
³²⁵ Reg. Pfalzgrafen II 4370, 4373 (1406), 4369 (1406), 5924 (1409).
³²⁶ Reg. Pfalzgrafen I 4598 (1385), 5290 (1391).

- ³²⁷ Reg. Pfalzgrafen I 5169 (1387).
³²⁸ Reg. Pfalzgrafen I 5506 (1393), 5540, 5577 (1394), II 4758 (1407).
³²⁹ Reg. Pfalzgrafen I 4316 (1379).
³³⁰ Reg. Pfalzgrafen I 4785, 4786 (1388), 5355 (1391).
³³¹ Reg. Pfalzgrafen II 5759 (1409), 5761 (1409).
³³² Reg. Pfalzgrafen II 6166 (1410), 6204 (1410).
³³³ Reg. Pfalzgrafen II 1234, 1535 (1401), 2854 (1403).
³³⁴ Reg. Pfalzgrafen I 5341 (1391), 5441 (1392).
³³⁵ Reg. Pfalzgrafen I 5341 (1391).
³³⁶ Reg. Pfalzgrafen I 5441 (1392).
³³⁷ Reg. Pfalzgrafen I 4792 (1388), 5272 (1390), II 4757, 5048 (1407).
³³⁸ Reg. Pfalzgrafen II 1727, 2465 (1401/02), 3719, 3720 (1404).
³³⁹ Reg. Pfalzgrafen II 4805 (1407).
³⁴⁰ Zusammenstellung der Pfandsummen:

	Gulden	Pfd. Heller	Mark Silber	
v. Sickingen	54 000	—	—	} 245 000 Gulden
Landschad	45 000	—	—	
v. Hirschhorn	31 000	27 000	1 500	
v. Erligheim	2 500	2 000	—	
Knebel	1 000	—	—	
v. Rosenberg	4 000	—	—	
v. Helmstatt	21 000	—	—	
Kämmerer v. Worms	6 500	—	—	
v. Venningen	16 000	—	—	
v. Lindenfels	21 000	—	—	
v. Erbach	8 000	—	—	
v. Königsbach	500	—	—	
	210 500 Gulden	29 000 Pfd. Heller	1 500 Mark Silber	

VII.

Die überwiegende Zahl der soeben genannten Pfandsetzungen wurde nicht getätigt, um Schulden der Pfalzgrafen zu tilgen oder um Darlehen aufzunehmen, wie man zunächst vielleicht vermuten könnte. Vielmehr handelt es sich bei den meisten Verträgen um Erwerbsgeschäfte mit Wiederkaufs- oder Rücklösungsklausel³⁴¹,³⁴². Wir stoßen dabei auf den Versuch der Pfalzgrafen, mit Hilfe von Pfandgeschäften eine Verwaltung innerhalb ihres zersplitterten und weitgestreuten Machtbereiches aufzubauen und deren Funktionsfähigkeit zu sichern. Eine jede Herrschaftsgewalt bedarf zur Durchsetzung ihrer Rechte und zur Erfüllung ihrer Pflichten rechtlicher Mittel, die es ihr ermöglichen, Aufgaben auf Amtsverweser zu delegieren. Denn sie selbst kann nicht zu jeder Zeit und an allen Orten allgegenwärtig sein. Die Herrscher des 12. und 13. Jahrhunderts bedienten sich dazu der Burg und ihrer ministerialischen Burgmannen, insbesondere die Staufer

³⁴¹ Schwarz Reinhard v. Sickingen: Hilsbach, Elsenz, Reg. Pfalzgrafen II 2399, 2400 (1402), 4423 (1406); Wegelnburg, Reg. Pfalzgrafen II 4694 (1407); Steinsberg, Richen Elsenz, Reg. Pfalzgrafen II 6143 (1410); — Hanmann v. Sickingen: Neukastel mit den dazugehörigen Dörfern, Anteil an Guttenberg und Falkenburg mit den dazugehörigen Orten, Reg. Pfalzgrafen II 4338 (1406); — Heinrich v. Sickingen: Burg und Stadt Lauda, Reg. Pfalzgrafen II 5191 (1408); — Reinhard v. Sickingen: Neuburg sowie Stadt und Amt Hagenbach, Reg. Pfalzgrafen II 6200 (1410); — Konrad Landschad: Neukastel mit Dörfern, Amt Gräfenstein, Reg. Pfalzgrafen I 3713 (1367); — Dieter Landschad: Ruppertsecken, Gehrweiler, Gundersweiler, Reg. Pfalzgrafen II 942 (1401); Burg Neidenfels, Reg. Pfalzgrafen II 6041 (1409); — Kunz Landschad: Ämter Trifels und Annweiler, Reg. Pfalzgrafen II 3067 (1403), 3510 (1404); — Ulrich Landschad: Burg Bolanden mit Marnheim, Reg. Pfalzgrafen II 4415, 4629 (1406); Hans von Hirschhorn: Burg Löwenstein, Reg. Pfalzgrafen I 4791 (1388); Eberbach, Reg. Pfalzgrafen II 2124 (1402); — Joh. v. Hirschhorn: Eberbach, Reg. Pfalzgrafen II 6234 (1410); Heinrich v. Erligheim: Wald „Ewart“, Reg. Pfalzgrafen I 3733 (1367); — Dieter Munich v. Rosenberg: Kirhardt, Reg. Pfalzgrafen II 4453 (1406); — Wiprecht d. Ä. v. Helmstatt: Burg und Dorf Weingarten, Reg. Pfalzgrafen I 4777 (1388), II 4328 (1406), 4866 (1407); — Hans v. Helmstatt: Steinsberg, Richen, Elsenz, Reg. Pfalzgrafen II 6143 (1410); — Joh. Kämmerer v. Worms: Burg Ruppertsecken, Gundersweiler, Gehrweiler, Biebelnheim, Reg. Pfalzgrafen II 4370, 4373, 4580 (1406), 5924 (1409); — Hans d. Ä. u. Hans d. J., von Venningen: Wildberg, Bulach, Feherbach, Rudenberg, Waldeck, Reg. Pfalzgrafen II 4758; — Eberhard Schenk v. Erbach: Burg Habitzheim, Reg. Pfalzgrafen II 4757 (1407); — Hennel Wisskreis v. Lindenfels: Waldeck, Heddesbach, Reg. Pfalzgrafen I 4785, 4786 (1388); — Bernh. Kreis v. Lindenfels: Waldeck, Reg. Pfalzgrafen II 5759 (1409); — Henne Werberg: Neuburg, sowie Stadt und Amt Hagenbach, Reg. Pfalzgrafen II 6166 (1410); Burg, Stadt und Amt Germersheim, Reg. Pfalzgrafen II 6204 (1410).

³⁴² Über das Verhältnis von Pfand und Kauf auf Wiederkauf: siehe S. 172.

bei der Durchsetzung ihrer Reichslandpolitik im Elsass und in Schwaben³⁴³. Gegen Ende des 13. Jahrhunderts wurde die Burgministerialität abgelöst durch die Burglehen³⁴⁴. Nicht mehr als Dienstmännern, sondern für ein Lehen erbrachten die Burgleute ihre Dienste. Solche Burglehen treten in verschiedener Gestalt auf: Einmal in der Form des Rentenlehens, und zwar derart, daß dem Burgmann festgesetzte jährliche Einkünfte aus bestimmten Zöllen, Gülten oder Steuern als Lehen übertragen wurden³⁴⁵. Häufig waren diese Rechtsverhältnisse durch Landlehen ablösbar. Daneben gab es die Form, daß der Burgherr dem Burgmann einen einmaligen Geldbetrag zuwies, für den dieser ein Gut erwerben und vom Burgherrn als Lehen nehmen sollte³⁴⁶. Burglehen dieser Art wurden recht häufig auch so gestaltet, daß der Burgmann dem Burgherrn für die ihm gezahlte Summe eigene Güter oder Herrschaftsrechte als Lehen auftrug³⁴⁷. Schließlich aber führte der dauernde Geldmangel der Landesherrn dazu, daß sie ihren Burgleuten zwar Geldbeträge als Burglehen versprachen, diese aber schuldig blieben und stattdessen Zolleinnahmen oder Herrschaftsrechte verpfändeten³⁴⁸. Ursprünglich enthielten solche Pfandverträge vielfach die Klausel, daß der Pfandnehmer später mit der Auslösungssumme ein Gut erwerben und dies als Burglehen besitzen sollte³⁴⁹. Indes fielen derartige Formeln recht häufig fort, so daß ein

³⁴³ K. Bosl, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer (Schriften d. Mon. Germ. hist. Bd. 10) Bd. I u. II, 1950/51, passim.

³⁴⁴ H. Niese, Die Verwaltung des Reichsgutes im 13. Jahrhundert, 1905, S. 227 ff.; O. Redlich, Rudolf von Habsburg, 1903, S. 470 ff.; H. Mitteis, Lehnrecht und Staatsgewalt, 2. Aufl. 1958, S. 476 f.; G. Rauch, Die Bündnisse deutscher Herrscher mit Reichsangehörigen, 1966, S. 214, 224 ff.

³⁴⁵ H. Mitteis, Lehnrecht und Staatsgewalt, S. 476; G. Rauch, a. a. O. (Anm. 344).

³⁴⁶ Reg. Pfalzgrafen I 1356 (1296), 2850 (1355; Burglehen zu Heidelberg). Siehe ferner: G. Rauch, a. a. O. (Anm. 344).

³⁴⁷ Burglehen zu Alzey, Reg. Pfalzgrafen I 1114 (1284), 1183 (1288); Burglehen zu Neustadt, Reg. Pfalzgrafen I 1241 (1291), 3270 (1361); Burglehen zu Lindenfels, Reg. Pfalzgrafen I 1373 (1296), 2591 (1347), 2956 (1356), 3273 (1361), 4315 (1379), 4449 (1382), 5286 (1391); Burglehen zu Heidelberg, Reg. Pfalzgrafen I 2794 (1354); Burglehen zu Oppenheim, Reg. Pfalzgrafen I 4285 (1379); ferner: Reg. Pfalzgrafen I 1248 (1291), 3343 (1361), 3353 (1361), 3427 (1363).

³⁴⁸ Burglehen zu Heidelberg, Reg. Pfalzgrafen I 742 (1262); Burglehen zu Wadenheim, Reg. Pfalzgrafen I 1016 (1278); Burglehen zu Alzey, Reg. Pfalzgrafen I 1017 (1278), 1283 (1292); Burglehen zu Lindenfels, Reg. Pfalzgrafen I 1273 (1292); 1587 (1308), 2971 (1356); Burglehen zu Weinheim, Reg. Pfalzgrafen I 1274 (1292); Burglehen zu Wiesloch, Reg. Pfalzgrafen I 1275 (1292); Burglehen zu Fürstenberg, Reg. Pfalzgrafen I 1673 (1311); Burglehen zur Sauerburg, Reg. Pfalzgrafen I 3405, 3406 (1362), 3495 (1364); Burglehen zu Heimsbach, Reg. Pfalzgrafen I 3755 (1367); Burglehen zu Germersheim, Reg. Pfalzgrafen I 3973 (1371); ferner: Reg. Pfalzgrafen I 2242 (1340), 2883 (1355), 3217 (1360), 3274 (1361), 3594 (1365), 4330 (1380), 4500 (1383), 4916 (1390).

³⁴⁹ G. Landwehr, a. a. O. (Anm. 1), S. 252 f.; H. Niese, a. a. O. (Anm. 344); G. Rauch, a. a. O. (Anm. 344).

reines Pfandgeschäft übrigblieb³⁵⁰. Diese Form von Burgverträgen war im 14. Jahrhundert die häufigste³⁵¹. Die Pfandverträge der Pfalzgrafen mit ihren Amtleuten und Vögten waren eine Abwandlung und Fortentwicklung dieser Rechtsgeschäfte. Wir werden dabei Zeuge einer Anpassung der bisher geübten Burglehens- und Pfandpraxis an die Gegebenheiten und Erfordernisse des 14. Jahrhunderts. An die Stelle der Burg war das Amt als die größere Verwaltungseinheit getreten. Um für die umfangreicheren Aufgaben geeignete Amtsverweser zu finden, bedurfte es größerer Pfandobjekte. Infolgedessen erhielten Amtleute und Vögte nicht lediglich Geldeinnahmen und einzelne Herrschaftsrechte verpfändet wie bei den Burgverträgen, sondern ganze Burgen und Herrschaftsbereiche. Das Pfand sollte dabei nicht etwa nur Entgelt sein für die übernommenen Aufgaben, sondern es war wie bei den Burglehen das Mittel, um Amtsträger überhaupt erst zu gewinnen oder sich weiterhin zu erhalten. In einer Zeit, die noch keinen Beamtenstand kannte, war es undenkbar, daß jemand ein Amt nur um dessen selbst willen auf sich nahm, allein wegen der damit verbundenen Funktionen und Pfründen. Die pfälzischen Amtleute und Vögte, die den niederen Herrengeschlechtern des pfalzgräflichen Einflusbereiches entstammten, dienten nicht lediglich für das Amt und seine Einkünfte, sondern für ein Lehen oder — wie vorzugsweise im 14. Jahrhundert — für ein als Pfand oder auf Wiederkauf übertragenes Gut. Zwar waren die Herrengeschlechter auf die Übertragung kurpfälzischer Ämter angewiesen, um vom mächtigen Territorialherren nicht erdrückt und geschluckt zu werden. Aber sie begaben sich nicht in die abhängige Stellung eines Beamten, sondern dienten, wie es ihrem Stand entsprach, nur gegen die Übertragung von Herrschaftsrechten. Indes war das dafür an sich entwickelte Lehnswesen inzwischen seiner ursprünglichen Funktionen weitgehend entkleidet. Es eignete sich nur noch selten als Mittel einer dynamischen Verfassungspolitik. Deshalb war an seine Stelle das Pfand getreten³⁵². In dem Zwischenstadium zwischen dem Lehnstaat des 12. und 13. Jahrhunderts einerseits und dem obrigkeitlichen Beamtenstaat des 15. und 16. Jahrhunderts andererseits war der Pfandvertrag das einzige Mittel, auf dessen Grundlage Amtsverhältnisse begründet und funktionsfähig erhalten werden konnten. Denn die Pfandschaft war im Gegensatz zum erblichen Lehen jederzeit aufhebbar. Natürlich barg auch der Pfandvertrag gefahrbringende Mängel. Denn während einerseits der Charakter der Pfandherrschaft allumfassend war, bot andererseits das Auslösungsrecht nur eine eventuale Möglichkeit, so daß eine endgültige Entfremdung der verpfändeten Herrschaftsrechte nicht ausgeschlossen war. Die Reichspfandschaften geben dafür ein beredtes Zeug-

nis³⁵³. Diesen Gefahren suchte man seit dem Ende des 14. Jahrhunderts dadurch zu begegnen, daß Herrschafts- und Hoheitsrechte nicht mehr zu vollständiger, uneingeschränkter Ausübung, sondern „amtsweise“ verpfändet wurden. Für die Pfalz begegnen solche Pfandgeschäfte 1367 und 1371, als Burg und Amt Neukastel an Konrad Landschad³⁵⁴, und 1403, als die Ämter Trifels und Annweiler an Kunz Landschad³⁵⁵ „amtsweise“ versetzt wurden. 1407 ging der Trifels mit derselben Einschränkung als Pfand auf Heinrich Riepur über³⁵⁶. Bereits 1401 hatte Dieter Landschad den der Pfalz gehörigen Teil von Rockenhausen „amtsweise“ inne³⁵⁷. Ebenfalls nur „amtsweise“ erhielt Hans von Hirschhorn 1388 die Burg Löwenstein verpfändet³⁵⁸. Dasselbe galt für die Pfandsetzung von Burg und Amt Habitzheim 1388 und 1390 an Eberhard Schenk von Erbach³⁵⁹ und 1392 an Gerhard Gabel³⁶⁰. „Amtsweises“ Pfand waren ferner 1388 die Burg Waldeck³⁶¹, 1392 Burg und Herrschaft Wildberg³⁶², 1404 das Amt Ehrenburg³⁶³ sowie 1406 und 1407 die Burg Kirkel³⁶⁴. In all diesen Fällen erhielt der Pfandnehmer den vollen und uneingeschränkten Pfandbesitz, d. h. er durfte sämtliche Nutzungen des Pfandgegenstandes einziehen und für sich verbrauchen. Aber zusätzlich mußte er dem Pfandschuldner einen Amtseid leisten. Auf diese Weise blieb die Pfandschaft im Verband des Territoriums und ihr Inhaber bei der Ausübung seiner hoheitlichen Herrschaftsrechte dem Pfandgeber gebunden³⁶⁵.

Diese Verbindung von Pfandherrschaft und Amtseid, die bislang noch nirgends näher untersucht worden ist, begegnet uns in ähnlicher Form in der Verbindung von Pfandsetzung und Lehensbegründung beim Pfandlehen. Hier wie dort scheint bei beiden Instituten die Verbindung von Pfand und Lehen bzw. Amt widersprüchlich und mit dem Wesen des Pfandrechts unvereinbar zu sein. Deshalb nimmt es nicht wunder, daß uns Heutigen die rechtliche Deutung und Erfassung der Pfandlehen so außerordentliche Schwierigkeiten bereitet³⁶⁶. Doch mag es beruhigen, daß es den Zeit-

³⁵³ G. Landwehr, a. a. O. (Anm. 1), S. 90 ff.

³⁵⁴ Reg. Pfalzgrafen I 3713 (1367), 3949 (1371).

³⁵⁵ Reg. Pfalzgrafen II 3067.

³⁵⁶ Reg. Pfalzgrafen II 4689.

³⁵⁷ Reg. Pfalzgrafen II 942.

³⁵⁸ Reg. Pfalzgrafen II 4791.

³⁵⁹ Reg. Pfalzgrafen I 4792 (1388), 5272 (1390).

³⁶⁰ Reg. Pfalzgrafen I 5441.

³⁶¹ Reg. Pfalzgrafen I 4785, 4786 (Hennel Wisskreis v. Lindenfels).

³⁶² Reg. Pfalzgrafen I 5420 (Heinrich von Remchingen).

³⁶³ Reg. Pfalzgrafen II 3491 (Kolben von Boppard).

³⁶⁴ 1406: Reg. Pfalzgrafen II 4578 (Drabod v. Sien); 1407: Reg. Pfalzgrafen II 4855 (Werner Albich, Philipp Flachen, Hans Winterbecher).

³⁶⁵ Siehe Anm. 354—364.

³⁶⁶ Siehe: V. von Meibom, Das deutsche Pfandrecht, 1867, S. 385 ff.; J. Kohler, Pfandrechtliche Forschungen, 1882, S. 290 ff.; C. G. Homeyer, Des Sachsenspiegels zweiter Theil nebst den verwandten Rechtsbüchern, Bd. II, 2. Hälfte: Das System des Lehnrechts, 1844, S. 345 ff.; J. Weiske, Rechtslexikon für Juristen aller teutschen Staaten, 1842—1866, Bd. VI, S. 399 ff.

³⁵⁰ Siehe Anm. 348. Ferner: G. Rauch, a. a. O. (Anm. 344), S. 214.

³⁵¹ G. Landwehr, a. a. O. (Anm. 1), S. 252 f.; H. Niese, a. a. O. (Anm. 344); G. Rauch, a. a. O. (Anm. 344); W. Küster, Beiträge zur Finanzgeschichte des Deutschen Reiches nach dem Interregnum, I: Das Reichsgut in den Jahren 1273—1313, 1883, S. 89 f. Siehe ferner: Anm. 348.

³⁵² Siehe S. 170 f.

genossen des Mittelalters ebenso erging. Bereits der Sachsenspiegel (Lehnrecht, Art. 55 § 8) bestimmt unmißverständlich: „*Swe seget: gut to sattunge gelegen, de seget unrechte, went sattunge ne mach neman lien. ... Gelegen sattunge dat n'is weder len noch sattunge*“³⁶⁷. Dem folgt der Schwabenspiegel (Lehnrecht, Art. 96). Dennoch haben diese Feststellungen nicht verhindern können, daß sowohl das Pfandlehen wie auch die — ihm offensichtlich nachgebildete — „amtsweise“ Verpfändung zu gängigen Rechtsinstituten wurden³⁶⁸. Denn dies war die einzige Form, um den Schwierigkeiten Herr zu werden, die sich ergaben aus den Schwächen des Lehnrechts — infolge der unbeschränkten Vererblichkeit des Lehngutes — und den Gefahren der Pfandschaft — infolge der allumfassenden Pfandherrschaft. Die Verbindung von Pfand und Amt war in dieser Hinsicht eine bewundernswerte Rechtsschöpfung. Sie gewährleistete die Funktionsfähigkeit der spätmittelalterlichen Ämter- und Vogteiverfassung und bildete das Bindeglied zwischen der Lehnsordnung des Mittelalters und dem Beamtenstaat der Neuzeit.

VIII.

In Anbetracht gerade dieser durchaus positiven Bedeutung des spätmittelalterlichen Pfandwesens sei zum Abschluß noch einmal ein Blick auf das gesamte Phänomen Pfand und seine Auswirkungen geworfen: Angesichts der kaum überschaubaren Flut von Pfandgeschäften und der Tatsache, daß kaum ein Hoheitsrecht von Verpfändungen verschont wurde, ist es durchaus angebracht, mit Walter Schlesinger³⁶⁹ nicht nur von einer Mobilisierung, sondern auch von einer Kapitalisierung und Kommerzialisierung der Herrschaftsrechte zu sprechen³⁷⁰. Dieser Vorgang findet seine Grundlage in einem Verdinglichungsprozeß, der — einsetzend bereits im 12. Jahrhundert — zur Entstehung höchstpersönlicher, d. h. völlig freier und ungebundener Rechte an Hoheitsbefugnissen führt. Er hat zur Folge, daß sämtliche Herrschaftsrechte von einer Bindung an übergeordnete Mächte,

³⁶⁷ Das Lehnrecht des Sachsenspiegels, ed. K. A. Eckhardt, 1956. „Wer sagt: ein gut als pfand zu lehen geben, der sagt unrechtes, denn eine pfandschaft kann niemand verleihen. ... Eine zu lehen gegebene pfandschaft ist weder lehen noch pfandrecht.“

³⁶⁸ Siehe die in Anm. 366 genannte Literatur. Ferner: W. v. Brünneck, Der Schloßglaube, Zeitschrift d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgesch. Germ. Abt. 28 (1907), S. 1 ff.

³⁶⁹ W. Schlesinger, Territorialbildung in Brandenburg und Meißn, in: Protokoll Nr. 145 des Konstanzer Arbeitskreises f. mittelalterl. Geschichte (Arbeitstagung v. 3.—6. 10. 1967), S. 42 ff. (51); siehe auch: G. Landwehr, ebenda, S. 148 ff.

³⁷⁰ Von einer „Kommerzialisierung von Hoheitsrechten“ spricht bereits H. Thieme, Die Funktionen der Regalien im Mittelalter, Zeitschrift d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgesch. Germ. Abt. 62 (1942), S. 57 ff. (67).

insbesondere das Reich, befreit wurden und damit der Weg geebnet war zu dem Vorgang, den wir als „Entstehung der Landesherrschaft“ bezeichnen³⁷¹. Indes stellte die Landesherrschaft keinen einheitlichen Herrschaftstypus dar, sondern sie verkörperte nur eine lockere Ansammlung und unorganische Zusammenballung vererblicher und veräußerlicher Hoheitsbefugnisse in der Person des Landesherrn. Trotz dieser äußeren Vereinigung blieben die Herrschaftsrechte ungebundene, höchstpersönliche Befugnisse, die jederzeit einzeln vererblich und veräußerlich waren. Wie sehr diesem Herrschaftskonglomerat noch das einigende Band fehlte, das der Vielheit und Vielfalt der einzelnen Rechte in der Hand des Herrschers einen einheitlichen Charakter verlieh, das zeigt uns die Flut der Pfandgeschäfte. Während im Reich zumindest der Gedanke der Transpersonalität und das Konsensrecht der Kurfürsten und Großen des Reiches die Idee einer herrschaftlichen Einheit wacherhielten³⁷², finden sich in den Territorien vergleichbare Vorgänge nicht, obwohl bereits der Reichsspruch von 1231 das Konsensrecht der „*meliorum et maiorum terrae*“ ausdrücklich festgelegt hatte³⁷³. Die Pfalzgrafschaft am Rhein hat überdies zu keiner Zeit Landstände besessen. Sie war nur „Herrschaft“³⁷⁴. Ihr fehlte das „Land“, der Rechtsverband der das Land bebauenden und beherrschenden Leute³⁷⁵, und damit ein wichtiger Faktor für die Ausbildung einer ideellen Landeseinheit: Ein Zeichen dafür, daß trotz der Vereinigung unzähliger Herrschaftsrechte in der Hand des Pfalzgrafen diese Einheit nur eine äußere war. Jedes einzelne Hoheits- und Herrschaftsrecht blieb das, was es war: Allod, Lehen oder Pfand, — Grundherrschaft, Vogtei oder Gerichtsbarkeit, und verhinderte so die Entstehung eines einheitlichen rechtlichen Verbandes, des „Landes“. Auch wenn die Pfalzgrafen häufig von ihren pfälzischen Landen sprechen³⁷⁶, so war dies kein einheitlicher Rechtsverband, sondern ein Konglomerat von Herrschaftsrechten. Erst im 15. Jahrhundert haben die Pfalzgrafen selbst zur allmäh-

³⁷¹ G. Landwehr, a. a. O. (Anm. 369), S. 148 ff.

³⁷² G. Landwehr, a. a. O. (Anm. 1), S. 148 ff., 171 ff.

³⁷³ Const. II 305.

³⁷⁴ Zu diesem Typus siehe: Th. Mayer, in: Mittelalterliche Studien, 1959, S. 499. Der Grund hierfür ist u. a. in der Tatsache zu suchen, daß sich das pfälzische Territorium zu einem erheblichen Teil aus pfandschaftlichen Rechten zusammensetzte. Gegenstand der Pfandverträge war die durch keinerlei Zwischengewalten durchbrochene unmittelbare Herrschaft über Land und Leute bzw. Stadt und Bürger (siehe oben S. 179). Infolgedessen fehlten Herrschaftsträger, die einen landständischen Adel hätten bilden können. Die Pfandgeber der Pfalzgrafen standen außerhalb der kurpfälzischen Herrschaftsbereiche. Indes hätten sich die zahlreichen Städte der Pfalz zu einem Landstand oder einer Landschaft verbinden können, wie dies z. B. in der Markgrafschaft Baden geschah. Daß ein solcher Zusammenschluß nicht erfolgte, ist ein Zeichen dafür, daß die rheinische Pfalz — zumindest im 14. Jh. — eine ideelle Landeseinheit nicht besaß. Siehe oben.

³⁷⁵ O. Brunner, Land und Herrschaft, 5. Aufl., 1965, S. 186.

³⁷⁶ z. B.: J. G. Lehmann, Urkundl. Geschichte d. Bezirkshauptstadt Kaiserslautern, Urk. Anh. Nr. 11 (1402); Hugo Nr. 61 (1408).

lichen Entstehung eines einheitlichen Rechts- und Landesbewußtseins beigetragen, indem Ruprecht III. 1408 zur Vereinheitlichung des Rechts in den linksrheinischen Städten und Dörfern den Oberhof zu Neustadt errichtete³⁷⁷. Dieses Gericht war für über 35 Städte und Dörfer zuständig, ohne Rücksicht auf deren Charakter als Allod, Lehen oder Pfand³⁷⁸. Damit legte Ruprecht III. den Grundstein zur Ausbildung einer ideellen Herrschafts- und Landeseinheit. Im 14. Jahrhundert war das pfälzische Territorium davon indes noch weit entfernt, trotz einer teilweise äußeren Einheit und trotz der Bemühungen insbesondere Ruprechts I., die pfälzischen Herrschaftsbe- reiche durch Pfandgeschäfte abzurunden.

³⁷⁷ Beiträge zum Recht der Stadt Neustadt an der Haardt, hrsg. v. G. F. Böhn, Nr. 18. Siehe auch: P. Spieß, Die Stadtverordnung Philipps des Aufrichtigen für Neustadt aus dem Jahre 1493, in: Mitt. d. hist. Vereins d. Pfalz 66 (1968) S. 197.

³⁷⁸ Zum Neustädter Oberhof gehörten u. a. Germersheim (Reichspfand), Neuburg (Allod, siehe Anm. 121), Godramstein (Reichspfand), Siebeldingen (Reichspfand), Wachenheim, Lambsheim, Mutterstadt, Neidenfels (Territorialpfand). Siehe P. Spieß, a. a. O., Anm. 377.

PIRMIN SPIESS

DIE STADTORDNUNG PHILIPPS DES AUFRICHTIGEN FÜR NEUSTADT AUS DEM JAHRE 1493

Die Neustadter Stadtrechtsquellen sind noch weithin unerforscht und unbekannt. Eine umfangreiche Edition hat erstmals Böhn im Jahre 1962 publiziert¹. Dabei zog er die im Stadtarchiv Neustadt liegenden königlichen und kaiserlichen sowie pfalzgräflichen Privilegien, verschiedene Verträge und Ordnungen heran. Die Arbeit Böhns mag im folgenden erweitert und somit fortgeführt werden durch Erschließung einer im Generallandesarchiv Karlsruhe liegenden Quelle. Es handelt sich um eine Stadtordnung, die eine umfassende, nahezu vollständige Regelung der Neustadter Rechtsverhältnisse beinhaltet. In der Literatur wird diese Stadtordnung nur von Cohn² in anderem Zusammenhang verschiedentlich erwähnt. Der übrigen Literatur blieb sie bisher unbekannt.

1. Neustadts Bedeutung für die Pfälzische Rechtsgeschichte.

Das Gewicht der Stadt Neustadt geht über die Bedeutung einer durchschnittlichen Territorialstadt weit hinaus. Wie Heidelberg rechts des Rheins, so war Neustadt diesseits des Rheins Kristallisationspunkt der Politik und

¹ Maschke, Erich — Böhn, Georg Friedrich, Beiträge zum Recht der Stadt Neustadt an der Haardt, 1962 (zit. Böhn). Vor dieser Edition gab es nur einige Regesten — die wichtigsten sind: Urkunden des Stadtarchivs Neustadt an der Weinstraße, zusammengestellt von Heinrich Maria Sauer, maschinschr., 1955; Regesten der Pfalzgrafen am Rhein 1214—1508, herausgegeben von der Badischen Historischen Kommission, Bd. I 1214—1400, bearbeitet von Adolf Koch und Jakob Wille, 1894, Bd. II 1400—1410, bearbeitet von Graf L. von Oberndorff, 1939 — und verschiedene Einzelurkunden in größeren Quellenwerken — wie: Remling, Franz Xaver, Urkundenbuch zur Geschichte der Bischöfe zu Speyer [Bd. I] Ältere Urkunden, 1852, [Bd. II] Jüngere Urkunden, 1853; Winkelmann, Eduard, Acta imperii inedita, Bd. 2, 1885, Neudruck 1964 (zit. Winkelmann) —.

² Cohn, Henry J., The Government of the Rhine Palatinate in the fifteenth century, 1965 (zit. Cohn), S. 81 Anm. 38, 90 Text und Anm. 76, 174 Text und Anm. 2, 175 f., 180 Text und Anm. 25, 203, 244.